

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 57 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, den 9. März 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Kritik an Beocqueville	Seite 3
Vatikan gegen Rosenberg	Seite 3
Maschine macht Weltrevolution	Seite 4
Faschismus in Großbritannien	Seite 7
Dollfuß als kleineres Uebel	Seite 8

Feindflieger über Berlin

Das „Geheimnis“ der nächtlichen Flieger über der Reichshauptstadt

London, 8. März.

Im Juni vorigen Jahres brachte die deutsche Presse im Auftrag der Regierung und des Luftfahrtministeriums Berichte von geheimnisvollen feindlichen Flugzeugen, die über Berlin Flugblätter mit Angriffen auf die Regierung verbreitet hätten. Der Flugzeugtyp sei, so hieß es, ganz unbekannt, die Geschwindigkeit enorm groß, singender Lärm sei vernehmbar gewesen. Da das Wetter für die Flieger günstig, die Ankunft überraschend, der Abflug mit großer Geschwindigkeit erfolgt sei, habe man keine der Flugzeuge verfolgen können. Die Regierungsstellen haben damals die ganze Sache als eine ungeheuerliche Gefährdung und Beleidigung von Volk und Regierung hingestellt und, weil das Eisen gerade warm zu sein schien, sofort das Recht zum Bau von Verteidigungsflugzeugen gefordert.

Die abgeworfenen Flugzeuge! sollten 12 Zentimeter im Quadrat sein und in vier mit Gummischrift aufgestempelten Zeilen fürchterliche Beleidigungen gegen Kanzler und Regierung enthalten. „Gestern“, so schrieben die Amtsstellen, „ist unser gerechter Anspruch auf Luftkräftigung durch den unerhörten Angriff auf uns gerechtfertigt worden. Wir können unter gar keinen Umständen noch länger inmitten schwer bewaffneter Nachbarn ungerüstet bleiben.“

Der Angriff war, wie damals ein englisches Blatt schrieb, in der Tat unglücklich. Die feindlichen Flieger flogen so hoch, daß sie von keinem, außer dem amtlichen Auge, gesehen werden konnten.

Die Wahrheit ist, daß sie nie existierten. — Man erfindet ihr Aussehen, um damit für Deutschlands Wiederaufrüstung Propaganda zu machen. Das einzige, was an der Geschichte wahr gewesen ist, bleibt der Abwurf von Flugblättern der oben beschriebenen Art nicht von feindlichen Flugzeugen, sondern — vom Garten des Dachcafés der „Berolina“ aus.

Der Beweis für die Wahrheit dieser Schilderung kam jetzt in die Hand eines englischen Journalisten: Ein Flugblatt, zwei grüne Eintrittskarten für das Dachcafé und der primitive Gummistempel, mit dem die vier Zeilen mit „ungeheuerlichen Beleidigungen“ gedruckt wurden. Das sind die vier Zeilen:

Das Volk marri,
Hitler täuscht und betrügt Dich.
Arbeiter erwacht!
Die SPD. greift an!

Spanien in Unruhe

Verschärfter Belagerungszustand

Madrid, 8. März. Die spanische Regierung Verroux hat am Mittwochabend mit Rücksicht auf den drohenden Generalstreik den verschärften Belagerungszustand über ganz Spanien verhängt.

Die Regierung hat die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes über das ganze Land der Presse gegenüber als eine ausgesprochene Vorsichtsmaßnahme erklärt, die in keiner Weise Unruhe erzeugen dürfte. Die Regierung wolle damit nur automatisch diejenigen Mittel in die Hand bekommen, die einen Generalstreik unmöglich machten. Die im Belagerungszustand enthaltene Pressezensur solle nicht in Anwendung kommen.



Ministerpräsident Alessandro Lerroux

Festungen gegen Deutschland

Mussolini baut Forts am Brenner

Wien, 8. März.

Die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Deutschland wegen der Unabhängigkeit Österreichs sind mit Sicherheit als der Grund zur Errichtung neuer schwerer Grenzbefestigungen auf italienischer Seite anzusehen. Nach ganz zuverlässigen Beobachtungen unserer Gewährleute sind die italienischen Anstrengungen an der Brennergrenze besonders groß. Auf beiden Seiten des Pashochweges ziehen sich seit dem Herbst begonnene, viele Kilometer lange Wälle und Sperren hin. Ihre Oberfläche ist kriegerisch durch Anstriche unanfällig gemacht; die ganzen Anlagen werden von Polizei bewacht. Der Zweck der Anlage ist die Vereinfachung von Plänen für Flugzeugabwehrgeschütze und andere Artillerie. Von der Stellung aus wird der direkte Weg nach Innsbruck beherrscht. Die beherrschenden Höhen des Arzeng und Sandjoches sind durch den Ausbau ihrer Zugangskräfte ebenfalls für Artillerie erreichbar gemacht worden. Ein Blick auf die Karte zeigt sofort, daß diese Befestigungen nur Sinn bei Angriffen aus der Richtung Deutschland haben.

heren Beiträgen allein mehr als 400 Pfund eingegangen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Beiträge der Zentralorgane der Gewerkschaften, während die Sammlungen in den einzelnen Unterorganen noch im Gange sind.

Von mehreren Seiten aus wurde eine Hilfsaktion für die Angehörigen der Schubhändler und der eingekerkerten Parteifunktionäre unternommen. Von offizieller Hilfe für die Hinterbliebenen der Schubhändler ist bisher trotz der bombastischen Ankündigung von reichen Sammelbeiträgen im österreichischen Radio nicht viel zu hören.

Dagegen wirkt sich bereits wohlwollend eine von den englischen Gewerkschaften eingeleitete Hilfsaktion aus. Vertreter des Schweizer Gewerkschaftsbundes, die einige Tage in Wien weilten, haben an zuständiger Stelle ihre Bereitschaft erklärt, bis zu 2000 Kinder von Schubhändlern auf längere Zeit in der Schweiz bei Arbeitern, aber auch in bürgerlichen Familien zu beherbergen.

Reges Interesse für die Kinderhilfsaktion ist ebenfalls in Belgien vorhanden, und auch die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei wird bei diesem edlen Menschenwerk sicher nicht zurückbleiben.

In dieser Sache weilten die Genossinnen Abgeordneten Blatus und Kirpal dieser Tage in Wien. Sie besuchten bei dieser Gelegenheit auch die unglücklichen Frauen der Wiener Fingerringen und sprachen ihnen Mut zu.

Ungelöst ist bisher das wichtige Problem der Rechtshilfe für die Eingekerkerten und Angeklagten, welches um so schwieriger zu lösen ist, als die hervorragenden sozialdemokratischen Anwälte von der Regierung grundlos verhaftet worden sind.

Die Probeabstimmung

Um die Aechtung

Saarbrücken, 8. März. Die Zahl der Lokale für die Probeabstimmung im Saargebiet, die als Beitritt zur „deutschen Front“ getarnt ist, vermehrt sich von Tag zu Tag. Die Lokale sind durch breite Werbebänder in schwarzweißen Farben gekennzeichnet. Die Probeabstimmung geht unter der klaren Parole einer Aechtung aller Wegner vor sich. In großer Aufmerksamkeit verkündet die gleichgeschaltete Saarpresse:

„Wir sind bereit, mit Franzosen, Engländern und Italienern, mit Menschen aller Herren Länder über die Saarfrage zu debattieren, eines aber wird uns wohl niemand zumuten können, nämlich, daß wir diese Frage hier auf diesem Boden mit Menschen erörtern, die des gleichen Blutes sind wie wir!“

„Hier auf diesem Boden“ — damit wird deutlich ausgesprochen, daß man jedem Saareinwohner, der sich der sogenannten „deutschen Front“ und ihrem Terror nicht beugen will, das Recht abspricht, im Saargebiet zu leben. So wird die Aechtung aller Wegner proklamiert, und die öffentliche Probeabstimmung, die sich unter den Augen des Völkerbundes vollzieht, liefert die Listen für die Proskription.

Bomben in Madrid

Madrid, 8. März. In Madrid wurden wieder zwei Bomben an Neubauten von streikenden Bauarbeitern zur Explosion gebracht, die größeren Sachschaden verursachten, aber kein Menschenleben kosteten. Ferner beschossen mehrere Streikende aus dem Hinterhalt einen Arbeitswilligen, der schwer verwundet wurde.

Zwischen Naval Moral und Madrid stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei mehrere Reisende und das Zugpersonal verletzt wurden.

Die Kammer hat dem Gesetzentwurf zur Erhöhung der Stärke der Polizeitruppen und Zivilgarde um 2500 Mann zugestimmt.

Die Katholiken drohen

Madrid, 8. März. Der Führer der katholischen Volksaktion, der härtesten Partei des Landtages, erklärte, er werde die neue Regierung stürzen, wenn diese bei dem für morgen erwarteten Streik der Drucker das Erscheinen der Madrider Zeitung El Debate nicht garantiere. Diese Zeitung hat ausschließlich katholisch organisierte Arbeiter, die nicht gewillt sind, sich den Anordnungen des sozialistischen Volkshauses zu fügen, weshalb ihr Weitererscheinen technisch möglich ist. Die Regierung steht aber darin eine Herausforderung für die übrige Arbeiterschaft, weshalb sie im Falle des Streiks bei den anderen Zeitungen die El Debate am Erscheinen verhindern will.

Krise ohne Lösung

Von unserem spanischen Berichterstatter

I. W. Madrid, 6. März 1934.

Im Laufe der vergangenen Woche hat endlich in Spanien die lang erwartete Regierungskrise stattgefunden. Seit der Innenminister Martinez Barrio sich zu einem politischen Linkskurs und damit zur Unabhängigkeit des Minoritätenkabinetts Verroux gegenüber der Rechten bekannt hatte, stand außer Zweifel, daß die Rechte entweder das gesamte Kabinett Verroux stürzen werde oder auf die Entfernung der Störenfriede Martinez Barrio und Lara (Finanzminister) aus dem Kabinett drängen würden. Schließlich hatte man sich mit Verroux auf den letzteren Ausweg geeinigt: Martinez Barrio und Lara mußten ab danken. Als Verroux diese Entscheidung dem Staatspräsidenten Alcala Zamora überbrachte, erklärte dieser wider alles Erwarten, die politische Lage werde durch den Rücktritt der beiden Minister keineswegs gelöst, er müsse sich bei den verschiedenen Parteiführern darüber informieren, was zu machen sei. Verroux sah diese Mitteilung als Mißtrauensvotum an und dankte ab. In politischen Kreisen war man sich darüber einig, daß es sich bei der hervorgerufenen Gesamtkrise des Kabinetts nur

Vordringen der Heimwehr

Wien, 8. März. Im österreichischen Kabinett stehen mehrere Veränderungen bevor. Die beiden Mitglieder der nationalständischen Front im Kabinett, Innenminister Kerber und Staatssekretär Glah, sollen zurücktreten. Die Frage der Neubelehnung ist noch nicht entschieden. Außerdem soll ein Ministerium ohne Amtsbereich geschaffen und mit einem Heimwehrmitglied besetzt werden.

Hilfe für Oesterreichs Arbeiter

Ausländische Aktionen

Wie der Londoner „Daily Herald“ berichtet, werden gegenwärtig aus dem vom gemeinamen Nationalrat der Britischen Arbeiterbewegung gegründeten Hilfsfonds für Österreich 2000 Familien in Wien und in anderen größeren Orten Österreichs unterstützt. Sie erhalten wöchentlich 30 österreichische Schilling. Der britische Fonds weist ständig neue und große Beiträge auf. So ist an einem Tag an grö-

um ein Manöver handelte, um zum Nachfolger Lerroux' wiederum Lerroux zu berufen. Bei einem Sturz der Regierung durch das Parlament wäre nach Artikel 75 der Verfassung die Wiederberufung des gestürzten Ministerpräsidenten nicht statthaft. Die Rechte hatte mit einem solchen Sturz gedroht. Er mußte vermeiden werden. Und so geschah es auch. Die Autorität Alcalá Zamoras sollte der Rechten beweisen, daß augenblicklich für Spanien kein anderer Regierungschef außer Lerroux wirklich in Frage käme, um unabsehbare Folgen zu vermeiden. Nachdem Alcalá Zamora also zwei Tage lang die verschiedenen Parteiführer über das neuzubildende Kabinett konsultiert hatte, wurde Lerroux — trotz vieler gegenteiliger Ansichten von links wie von rechts, von neuem mit der Kabinettsbildung betraut. Im Laufe seiner ersten Bemühungen hatte man den Eindruck, er wolle ein weiter nach links hinüberreichendes Kabinett zusammenstellen, denn er besuchte zwei Mitglieder der Azana-Partei Dr. Cardenal und Dr. Hernandez, die jedoch das Angebot ablehnten. Daß diese Besuche aber nur dazu dienen sollten, die öffentliche Meinung irreführen, erkannte man, als ohne weitere Verhandlungen nach Ablehnung der Linkselemente ohne Verzug die neue Regierungsliste bekanntgegeben wurde:

Drei neue Minister figurieren in ihr: Als Innenminister der Radikale Salazar Alonso, bekannt wegen seiner kaum zu überbietenden Demagogie und Arbeiterfeindschaft, als Unterrichtsminister Salvador Madariaga, spanischer Botschafter in Paris und Vertreter Spaniens im Völkerbund, bekannt durch seine ausgezeichneten Vermittlungsvorschläge in der Abrüstungs- und anderen internationalen Fragen, und als Finanzminister Parraco (Radikaler), bisher Gouverneur der Bank von Spanien, in Finanzkreisen als erste Fachkraft bekannt.

In der Linken bezeichnet man die neue Regierung als „kleinstes Uebel“. In Rechtskreisen hingegen ist man einerseits zufrieden, daß Lerroux auch weiterhin bereit ist, sich die Verantwortung aufbürden zu lassen und sich den Wünschen der Rechten so weit als möglich zu fügen, andererseits droht Gil Robles den geringsten Anlaß zu ergreifen, um die Regierung zu stürzen, falls diese nicht striktest der durch das Wahlergebnis klar erkennbaren „Meinung im Volke“ Ausdruck gebe. D. h.: Werden nicht umgehend die Programmforderungen der Rechten in die Wirklichkeit umgesetzt, d. h. erhält der Klerus nicht wiederum feste Bezüge, dürfen die Arbeitgeber sich ihre Arbeiter nicht dort suchen, wo es ihnen paßt, statt wie heute nur im eigenen Distrikt, und wird den geächteten Elementen der Diktatur und den Vorkämpfern vom 10. August 1932 keine Amnestie gewährt, so kann Lerroux nicht auf die Unterstützung und das Vertrauen der Rechten — der Parlamentsmehrheit — rechnen.

Geklärt hat sich also im Grunde an der politischen Lage, trotz des Ministerwechsels — nichts. Ein Minoritätenkabinett wie das Lerroux' hätte nur dann Aussicht, wirklich fruchtbare Arbeit zu leisten, wenn es außerordentliche Vollmachten erhielt. Man steht aber — vorläufig noch — auf dem Boden der Demokratie. Vermutlich wird die neue Regierung sich — trotz gegenteiliger Ansichten aus allen Sektoren der Politik — wieder einige Zeit hinschleppen, wenigstens solange, bis die Rechte sich stark genug fühlt, selbst die Regierung zu übernehmen und durch diktatorische Maßnahmen ihre Ziele durchzusetzen versucht.

Das es hart auf hart geht, zeigen die sozialen Konflikte der letzten Tage. Die Bauarbeiter, die im Laufe der vergangenen Woche mit 35 000 Mann in Madrid gestreikt hatten, haben auf Schlichtungspruch der Regierung die Bewilligung der 44-Stundenwoche bei gleichbleibenden Löhnen der 48-Stundenwoche erreicht. Die Unternehmer lehnten sich gegen diesen Schiedspruch auf und der Unternehmerverband gab in einem Manifest bekannt, daß seine Mitglieder nur den Gegenwert für die wahrhaft geleistete Arbeit, also 44 Stunden — bei der Wochenabrechnung auszahlen sollten. Die Arbeiter erhielten von ihren Gewerkschaften Befehle, keinesfalls darauf einzugehen, unvollständige Zahlungen nicht anzunehmen und, würden die Arbeitgeber sich weigern, den ministeriellen Schiedspruch zu erfüllen, habe von neuem der Streik einzuführen. Es hat sich herausgestellt, daß trotz des Mindestes ihres Verbandes die Arbeitgeber die von den Arbeitern geforderten Löhne bezahlten. Allerdings mit dem Hinweis, nichts über diesen ihren „Disziplinbruch“ verlaublich zu lassen. Der Konflikt ist also im Augenblick beigelegt. Dafür droht aber ein anderer, der Streik der Buchdrucker. Motiv dazu ist die Haltung der monarchistischen Zeitungsverleger des ABC. Die Leitung dieses Verlages hatte versucht, unorganisierte, faschistische Elemente in die Druckerei als Spitzel hereinzuführen. Die Belegschaft wehrte sich dagegen und stellte die Arbeit ein, ohne den Betrieb zu verlassen. Die Zeitung konnte aus diesem Grunde nicht erscheinen und die Verlagsleitung verhängte Entlassung über die gesamte Arbeiterchaft. Natürlich erklärten sich die Buchdrucker-Gewerkschaften mit ihren Kameraden vom ABC, identisch und, löst die Verlagsleitung nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt den Konflikt, so werden die Drucker in Generalstreik treten. Die Gesellschaft behauptet nun, sie hätte im Laufe des letzten Jahres ein solches Defizit aufzuweisen, daß sie es vorzöge, die Zeitung ganz eingehen zu lassen als nachzugeben. Wie sich die Angelegenheit regeln wird, ist vorläufig nicht vorzusehen.

Das Wichtigste bei all den sozialen Konflikten, die überall in verschärfter Form austauschen, ist, daß weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer im Grunde die Autorität der Regierung anerkennen.

Da das neue Kabinett Lerroux im Grunde — bis auf den kleinen Restbruch im Innenministerium — dem alten entspricht, so ist nicht zu erwarten, daß seine Autorität stärker sein wird.

Lerroux, der am Sonntag im Kreise seiner Vortreffenden seinen 70. Geburtstag feierte, erklärte, er werde dem neuen Kabinett solange vorstehen, wie die Radikalen die einzige regierungsfähige Partei seien, bis entweder von den Linksrepublikanern her oder von Rechts die Garantie gegeben sei, daß das Werk der Republik weiter im republikanischen Sinne geführt werden könne.

Ob er es aber mittlerweile dazu bringen wird, den sozialen Frieden — d. h. Arbeit, Ordnung, d. h. Zufriedenheit der Arbeiterschaft und Ruhe, d. h. allgemeinen Wohlstand — zu schaffen, wie er zwar gern möchte, — das ist aus der Lösung der Krise keineswegs ersichtlich. Im Gegenteil. Die Krise bleibt im Grunde latent.

Der „kugelfeste“ Berberführer

Das Vordringen französischer Truppen in Südmarokko

Paris, 8. März. Davas berichtet aus Rabat: Motorisierte und berittene französische Abteilungen haben Goulimine besetzt. Der Raib Mochtar-El-Bachan hat sich mit 2700 Kamillen unterworfen. Der Stamm der Ait Rhabbah zieht sich in Richtung auf den Tschebel Kharat, südlich der Mündung des Kun-Fusses zurück und vermeidet jede Fühlung mit den nachrückenden französischen Truppen. Im Tschebel Kharat befinden sich bereits die zurückgewichenen Elemente des Ait-Damou-Stammes. Während die französischen Truppen im neubefreiten Gebiet die Anlage von Autostrassen und Telefonlinien vorbereiten, beginnen im Antiatlantischen Einheitsmanöver gegen zwei Stämme, die bis jetzt jede Verhandlung abgelehnt hatten. Der Dissidentenführer Merrebi Rebo hat die Verhandlungen mit dem französischen Oberbefehlshaber abgebrochen und sich von Kerdous südlich zum Stamm der Eboutia begeben.

Agadir, 8. März. Langsam und vorsichtig, aber unerbittlich rollt die französische „Dampfwalze“ dem Atlantischen Ozean zu. Die zwei französischen Armeen, die aus Kolonialtruppen, aus der Fremdenlegion und aus zuverlässigen Formationen von Marokkanern bestehen, treiben die noch selbständigen Berberstämme ein oder treiben sie der Küste zu. Zwei gefährlichste Stämme haben sich an die Spitze der Berber gestellt, die gut mit dem bekannten Abdel Krim des Rifkrieges verglichen werden könnten. Der

Widerstand gegen die französischen Truppen wird mit jedem Tage verzweifelter. Der mächtigste der Berberführer ist Bel Kacem Agadi. Da bei ihm wie bei seiner Gefolgschaft der feste Glaube herrscht, daß nur eine Silberkugel sein Leben gefährden könne, führt er meist an der Spitze seiner Reiter die Angriffe gegen die Franzosen, da ihm die französischen Kugeln nicht gefährlich erscheinen. Der andere ist Merrebi Rebo, der schon 1912 dem General Mangin aus Marrakesch weichen mußte, trotzdem aber seine Herrschaft im Antiatlantischen Gebiet zu behalten wußte. Die beiden französischen Armeen bewegen sich auf das spanische Protektorat Rio del Oro an der Küste zu. Die erste Armee unter General Carrou ging von Tiznet über die noch unerforschten Gebirge in südlicher Richtung vor und rückt gegen die Streitkräfte von Merrebi Rebo, der sich etwa bei Bou Ramane befindet, vor. Der Uebergang über das Gebirge hat auf beiden Seiten Opfer gefordert, da die Berber von Hinterhalt zu Hinterhalt den vordringenden französischen Truppen in den Gebirgspässen Widerstand leisteten. Dort haben sich besonders die „Mehrariten“, die marokkanische Kavallerie, die anstatt Pferde Kamele gebraucht, bewährt. Die zweite Armee unter General Giraud bewegt sich in südwestlicher Richtung von Akka auf Tamaran zu, welches inmitten eines sandigen Hochplateaus liegt. Die beiden Kolonnen wollen sich südlich von Anni bei Rio del Oro treffen. Besonders die Truppen Girauds haben außerordentliche Schwierigkeiten bei ihrem Vordringen durch gänzlich unbekanntes Gelände gehabt. Ein schwerer Sandsturm, der mehrere Tage dauerte, legte die Truppen schweren Prüfungen aus.

Der wirtschaftliche Dreieck

Paris, 8. März. Der „Matin“ berichtet aus Rom, daß der italienische Plan zur Förderung des österrösch-ungarischen Wirtschaftens vorliege, daß binnen kurzem mit den Ländern der kleinen Entente Wirtschaftsabkommen abgeschlossen werden. Man denke an die Einführung eines kombinierten Regimes von Vorzugszöllen und Kontingentierungen, das auf Österreich, Ungarn und Italien sofort anwendbar wäre. Italien scheint entschlossen zu sein, zur Unterfütterung der beiden kleinen Staaten in Mitteleuropa eine große Aktion zu unternehmen. Es rechnet damit, daß sein Beispiel der Solidarität Nachahmung findet und daß andere Staaten entsprechende Opfer bringen.

Diktatur in Havanna

Die Verfassung für 90 Tage außer Kraft gesetzt

Paris, 8. März. Davas berichtet aus Havanna, daß durch eine nachts veröffentlichte Verordnung die verfassungsmäßigen Garantien auf 90 Tage außer Kraft gesetzt wurden. Die Regierung habe somit praktisch die Diktatur eingeführt. Das Innenministerium stehe auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterorganisationen durch ihre Belagerung, sich anzukündigen, von selbst der Auflösung anheimfallen. Alle Arbeiterorganisationen würden seitens des Innenministeriums als kommunistisch angesehen.

Paris, 8. März. Davas berichtet aus Havanna: Es wurden dort etwa 50 Personen verhaftet; außerdem nahm die Polizei 38 Textilarbeiter fest. Diese Verhaftungen brachten aber die Bevölkerung so auf, daß die Polizei, um die Ordnung wieder herzustellen, gezwungen war, ihre Befehle wieder loszulassen. Die Arbeiter der Tabakmanufaktur haben es abgelehnt, ihr Fabrikgebäude zu räumen. Wahrscheinlich wird Militär eingesetzt werden müssen. Am Mittwoch haben die Autobusfahrer den Streik beschlossen. Die Regierg, die Ladenangestellten und die Arbeiter der Metallindustrie befinden sich bereits im Streik. Die Scheinwerfer der Stellung von Cabañas beschießen beständig die Stadt, um zu verhindern, daß die Bevölkerung auf die Truppen oder auf die Polizei schielt. Es ist das Gerücht in Umlauf, daß im Truppenlager Columbia 50 Soldaten verhaftet worden sein sollen.

London, 8. März. „Times“ meldet aus Havanna, daß außer den Werftarbeitern in Havanna auch die Tabakarbeiter feiern. Die Zeitungen können, da die Drucker und Seher die Arbeit niedergelegt haben, nicht erscheinen. Auch die Angestellten der in amerikanischem Besitz befindlichen Eisenbahn sind im Ausstand. Der Juwelenverkehr wird von Militär aufrechterhalten. Mittwochmorgens wurde auf den Staatssekretär Dr. Cosme de la Tormenta ein Anschlag versucht. Jedoch verlor das Maschinengewehr der Attentäter, die entkamen.

Das Neueste

Das Marinegericht in Brak hat drei Matrosen der Kriegsmarine zu 2 bis 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Die drei hatten an Bord des Kreuzers „Sulzer“ das Spinnrad eines Raub aufgedreht und diesem daraus seine Drehtasche mit 1500 Franken Bargeld gestohlen.

Emile Cottin, der während des Krieges einen Mordanschlag auf Clemenceau ausgeführt hatte und dafür erst zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt wurde, so daß schließlich nur eine Ausweisung gegen ihn übrig blieb, hat hiergegen verfahren und wurde bei einem Besuche seiner Tochter in Toulon verhaftet. Man fand bei ihm einen geladenen Revolver. Er erklärte, er werde sich nicht an eine Bestimmung halten, die ihm verbiete, seine Tochter zu besuchen.

Am Mittwoch, dem 7. März, ist in Warschau durch den polnischen Außenminister Beck und den deutschen Gesandten v. Nolcke ein Abkommen unterzeichnet worden, durch das der deutsch-polnische Zollkrieg endgültig aufgehoben und die Grundfrage für einen normalen Austausch der beiderseitigen Handelsbeziehungen geschaffen wird. Das in Form eines Protokolls gefasste Abkommen soll sobald als möglich ratifiziert werden. Jedoch werden keine Bestimmungen unabhängig hiervon bereits vom 15. d. M. an in Anwendung kommen.

Neues englisches Militärflugzeug

London, 8. März. Die britischen Luftstreitkräfte haben, wie die „Times“ meldet, ein neues Militärflugzeug erworben, das im mittleren Osten verwendet werden soll. Das Flugzeug, das den Namen „Vickers Vincent“ führt, hat drei Mann Beladung. Neben der üblichen Anderrüstung führt es Schiffschiff, einen Wasserbehälter, einen Sauerstoffapparat, einen Kasten mit Arzneien für die erste Hilfe, einen Spritzenapparat mit aufflaremapparem Maß für den Fall von Notlandungen auf der Erde und einen Vorrat von Leuchtgasen mit sich. Unter dem Rumpf der Maschine ist ein besonderer Brennstoffbehälter angebracht, der Treibstoffe für einen Flug von etwa 2000 Kilometer fassen kann.

Saar-Ausschuß in Rom?

Genf, 7. März. Aus italienischen Kreisen verlautet heute, daß die nächste Sitzung des eigentlichen Saarausschusses (Molli, Conillo, Madariaga) die, wie ursprünglich vorgesehen, nach der nächsten Genfer Zusammenkunft des Juristenkomitees, das hier am 29. März mit seinen Arbeiten beginnen wird, im April in Genf stattfinden sollte, nicht in der Völkerbundshaus, sondern in Rom abgehalten werde; wenigstens habe der Ausschussvorsitzende Molli diesen Wunsch ausgesprochen. Das Völkerbundsekretariat verhalte dagegen anscheinend, die Tagung des Ausschusses wiederum in Genf stattfinden zu lassen. — Weiter ist heute hier die Rede davon, daß eventuell das spanische Mitglied des Ausschusses, der bisherige spanische Botschafter in Paris, Madariaga, durch einen anderen Delegierten ersetzt werden könne, da Madariaga kürzlich spanischer Kultusminister geworden ist.

Haussuchung in der Großloge

Der Grund für Benno Walters Verhaftung

Berlin, 7. März. Die Politische Polizei erließ unermutet im Berliner Vogenhaus in der Reichstraße, in dem der Tempel und die Büros der Großloge Deutschlands des Unabhängigen Ordens Eine Brüd sowie die Büros einer Anzahl Berliner Zweiglogen der Eine Brüd untergebracht sind, und nahm eine gründliche Haussuchung vor, die mehr als zwei Stunden dauerte. Zahlreiche vorgefundene Dokumente wurden zur Durchsicht mitgenommen. Verhaftungen sind nicht erfolgt.

Dr. Benno Walter, der Vizepräsident und Geschäftsleiter der Deutschland-Loge des U.O.B., der im Zusammenhang mit einer von ihm in München-Grubbad am 8. Januar gehaltenen Ansprache verhaftet wurde, ist nun aus dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz nach dem verhafteten Columbia-Haus, einem von der Politischen Polizei unterhaltenen speziellen Gefängnis für politische Häftlinge, gebracht worden. Dr. Walter soll in München-Grubbad gelagert haben, daß die Juden in Deutschland niemals freiwillig auf ihre Bürgerrechte verzichten werden. Diese Äußerung ist, wie nun offiziell zugegeben wird, der Grund für seine Verhaftung gewesen.

Die Blutrache

Wieder zwei Todesurteile

Im Prozeß gegen die fünf Angehörigen der kommunistischen Partei Deutschlands, die am 24. Juni 1932 auf der Bergstraße in Dortmund-Elbing den SA-Mann Walter Her geißelt haben sollen, hat der Staatsanwalt gegen alle Angeklagten die Todesstrafe beantragt. Das Gericht hat folgendes Urteil gefällt:

Die Angeklagten Voit und Napier werden zum Tode und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt, Feldhaus, Deber und Kalipe wegen schweren Landfriedensbruchs und Totschlags zu je 15 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Vor drei Wochen brach in Oesterreich, von der Regierung provoziert, der Bürgerkrieg aus. Als die Wellen der Empörung gegen die Regierung Dollfuß durch die Welt gingen, hat Herr Hitler den Zeitpunkt für geeignet gehalten, um seine „unblutige“ Revolution zu rühmen. Er rechnete offenbar damit, daß der Schrecken des österreichischen Bürgerkrieges die Bluttaten seiner SA- und SS- und der gleichgeschalteten Justiz im Schatten lassen wird. Damals hat der „humane“ Diktator, gestern hat sein Bericht gesprochen. Die Blutrache gegen politische Gegner, die von den deutschen Berichten geübt wird, zerstört schonungslos die Legende von der unblutigen nationalsozialistischen Revolution. Man braucht wahrhaftig keine Greueltaten, um die Wahrheit über die blutige Wirklichkeit des „dritten Reiches“ zu erfahren. Für das deutsche Volk an der Saar ist diese Wirklichkeit zugleich eine Warnung und eine Aufforderung. Aufforderung zum Kampf mit aller Kraft gegen den Hitlerfaschismus und die Röding-Front als seine saarländische Vertretung, damit die „humane“ Diktatur von Hitler nicht zur Wirklichkeit an der Saar wird.

Nach Papenburg!

Stübelsheim, 7. März. Die das Pressebüro des Regierungspräsidenten mittelst, ist der Kaufmann Siegfried Sachlenröder aus Einbeck, der nach mehreren Verwarnungen „wegen fortgesetzter Verleumdungstätigkeit“ in Saughaft genommen worden war, auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes in das Konzentrationslager Papenburg übergeführt worden.

Gestern und heute

Das Ereignis des Tages ist die Rede des belgischen Ministerpräsidenten de Broqueville. Er hat von seinem hoch verantwortlichen Posten aus festgestellt, daß Deutschland sich in voller Aufrüstung befindet. Und während früher alliierte Staatsmänner in solchen Fällen zu sagen pflegten, das sei eine Verletzung der Vertragsbestimmungen, eine Gefährdung des Friedens und jedenfalls etwas äußerst Tadelnswürdiges, hat Herr de Broqueville ungefähr das Gegenteil gesagt. Er hat die deutsche Wiederaufrüstung gewissermaßen wie ein Naturereignis jenseits von gut und böse behandelt, mit dem man sich nun einmal abfinden müsse, ob es einem lieb oder leid sei. Herr de Broqueville mag sich dabei gedacht haben, daß man ja auch einem ausbrechenden Vulkan nicht vorwirft, er verlege die Bestimmungen eines Vertrags.

Solche Ansichten sind heute in der Welt weiter verbreitet, als es offizielle Reden und gut disziplinierte Zeitungen erkennen lassen. Der Ministerpräsident des kleinen Belgien hat laut gesagt, was Leute wie Macdonald oder Sir John Simon wahrscheinlich im stillen denken. Im dunkeln sind es die kleinen Kinder, die zuerst weinen. Und in einem Wirrwarr wie ihn heute das Abrüstungsproblem darstellt, ist es gleichfalls das Recht der Kleinen, zuerst die Dinge beim Namen zu nennen. Während die großen, vorsichtigen Zeitungen sich noch mit der Feststellung begnügen, daß Stavisky undurchsichtige Geschäfte gemacht habe, wußte der Mann auf der Straße bereits: wieder so ein Schwindler. Die Herren Macdonald und Simon sprechen noch von berechtigten Forderungen Deutschlands; Herr de Broqueville dagegen stellt trocken fest, daß Deutschland sich bis an die Zähne wappnet und niemand den Mut hat, es zu hindern.

Und warum nicht?
Den letzten Schleier des Geheimnisses hat auch Herr de Broqueville nicht gelüftet. Dabei ist es gar nicht so schwer. Das neue englische Flotten-Budget für 1934/35 sieht eine Mehrausgabe von 3 Millionen Pfund vor, das sind in deutschem Gelde rund 40 Millionen Mark. Der englische Steuerzahler zahlt unter diesen Mehrausgaben. Und der belgische Bürger vollends wird beim Gedanken an einen neuen Rüstungswettlauf blaß wie unter die Haarwurzeln. Es ist ja ein Irrtum anzunehmen, daß der Staatsbürger immer dieselbe politische Ansicht habe. Eine andere hat er, wenn er die außenpolitische Spalte seiner Zeitung liest, und wieder eine andere, wenn er den Steuerfragebogen ausfüllen muß. Sicherlich hat Herr de Broqueville mit seiner Rede den belgischen Zeitungslesern nicht sonderlich gefallen. Aber der Steuerzahler mag finden, daß der Mann in einigen Punkten doch ganz vernünftige Ansichten hat.

Und doch hat die Suche einen Haken. Denn wenn alle Welt kein Geld hat, neue Rüstungen zu bezahlen, so muß man sich immerhin fragen, woher denn Hitler-Deutschland es hat. Auch hier ist die Antwort gar nicht so schwer. Es ist kein Kunststück, Panzerschiffe und Flugzeuge zu bauen, wenn man seine Schulden nicht bezahlt. Die Regierung Hitler macht es im Grunde nicht anders als die Bolschewiki. Wie diese die Zarenschulden nicht anerkannten, löst die Regierung Hitler die Schulden der Weimarer Republik nicht ein. Mit nicht bezahlten Schulden bezahlt sie ihre Rüstungen; bezahlt sie das Nickel, das Kupfer, das Mangan-Erz, das in der deutschen Einfuhrstatistik jetzt mit so sonderbar hohen Ziffern erscheint.

Und daß solche Methoden für andere Länder gleichermaßen unannehmlich und unwiderstehlich sind — das hat Herr de Broqueville in seiner Rede sagen wollen. Argus.

Kritik an Broqueville

Brüssel, 7. März.

Die in Deutschland viel besprochene Rede des belgischen Ministerpräsidenten de Broqueville findet in Belgien selbst eine ziemlich lässige Aufnahme. Außer dem Außenminister Homans ist dem Ministerpräsidenten auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, der Abgeordnete Segers, entgegengetreten. Er erklärte es als Grundlag der belgischen Politik, einen gefährlichen Nachbar an der Wiederaufrüstung zu hindern. Die englischen und italienischen Vorschläge verstärken die deutsche Gefahr an der belgischen Grenze. Frankreich habe jetzt das Wort. Belgien habe nur eine Politik der Ruhe, gegründet auf ein Kompromiß, zu befolgen, sondern einen Alarm auszusprechen.

Auch der Parteifreund des Ministerpräsidenten, der Senator de Dorlodot, wandte sich gegen die deutschen Rüstungen und erklärte die Rüstungen Frankreichs und Belgiens für ungenügend. Des weiteren kritisierte er die Politik von Locarno und wandte sich gegen „alldesische“ Politik des „dritten Reiches“.

Die katholische „Metropole d'Anvers“ bemerkt, daß die Rede Broquevilles im Senat mit Zurückhaltung, ja Mißfallen aufgenommen worden sei. „Independance Belge“ erklärt, daß Land werde nicht ohne tiefe Bewegung von der Ansicht des Regierungsoberhauptes Kenntnis nehmen, nach der man alle Hoffnung aufgeben müsse, Deutschland zur Respektierung von Verträgen zu bringen, die durch 40 000 belgische Tote teuer erkauft worden seien. „Etoile Belge“ sagt, die Rede Broquevilles werde im Land tiefe Niederlagen erwecken; im übrigen sei seine Kritik am Vertrag von Versailles ungeschickt gewesen. „Nation Belge“ meint, die Rede werde allen guten Bürger mit Befürchtung und Trauer erfüllen. Broqueville betreibe eine Politik des „sauve qui peut“.

„Tiefer Pessimismus“

Verzögerung der französischen Note

London, 8. März. Der diplomatische Mitarbeiter des „News Chronicle“ sagt, die Absendung der französischen Antwort auf die britische Abrüstungsdenkschrift werde wahrscheinlich beträchtlich verzögert werden. Diese Tatsache rufe tiefen Pessimismus bei den Anhängern des Abrüstungsgebändens hervor. Zur Sicherheitsfrage bemerkt der Mitarbeiter, eine politische Barriere für die Grenzen eines anderen Landes bedeute immer ein großes Risiko, da man nicht dafür geradestehen könne, daß die Politik des betreffenden Landes friedfertig sein werde. Die Engländer hätten stets befürchtet, daß sie durch Teilnahme an einem Kollektivsystem in einen Krieg gegen eine Regierung verwickelt werden könnten, die moralisch im Recht, aber technisch im Unrecht sei. Ein Versprechen Großbritanniens, alles zu tun, was gerecht und möglich sei, um eine Verletzung einer Abrüstungsabmachung zu verhindern oder wiederanzumachen, würde Frankreich eine viel bessere Gewähr für britische Unterstützung im Falle eines Angriffs geben als es jemals durch einen politischen Vertrag erlangen könnte. Denn kein politischer Vertrag, ob nicht der Vertrag von Locarno, würde in England so tief untergraben werden wie ein Abkommen, das der Regierung eine Verminderung der Rüstungsausgaben bei einem gleichzeitigen Gefühl erhöhter Sicherheit gestatten würde.

Stavisky und die Polizei

Der verbrannte polizeiliche Empfehlungsbrief

Paris, 8. März. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß in Sachen Staviska hat den früheren Direktor der Sicherheitspolizei Thomas eingehend über die Tätigkeit der Polizei bei Behandlung des Falles Staviska vernommen. Dabei wurden sowohl die Angelegenheit des Polizeioberinspektors Bonu, als auch die Beziehungen Staviskas zur Polizei selbst angesprochen. Mitte Januar sei, so sagte Thomas aus, Polizeioberinspektor Bonu, der den Fall Staviska bearbeitete und sich gerade um die Klärung der Konten und damit auch um die Auffindung der Scheckfälschungen bemühte, mitten aus seiner Arbeit heraus vom Dienst suspendiert worden, und zwar wegen einer Angelegenheit, die auf 1928 oder 1929 zurückgehe. Auf Veranlassung des Generalinspektors Plutaud sei Inspektor Bonu auf eine anonyme Anzeige hin beschuldigt worden, 1928 oder 1929 für eine einem Ausländer gewährte Vergünstigung Geld angenommen zu haben. Das sei die Begründung seiner Amtsenthebung im Januar 1934 gewesen. Die Suspendierung erfolgte durch einen Entschluß des Innenministeriums. Auf ihn, Thomas, habe diese Maßregelung um so mehr Eindruck gemacht und Erbitterung hervorgerufen, als in den Personalakten Bonus nichts Befehlendes aus jener Zeit zu finden gewesen sei. Auch habe man ihn selbst über die Opportunität der Maßregelung Bonus überhaupt nicht gefragt.

Hinsichtlich der Beziehungen Staviskas zur Polizei erklärte Thomas, diese hätten sich seines Wissens darauf beschränkt, daß der Polizeikommissar Bonard nach Entlassung Staviskas aus dem Gefängnis mit ihm Verbindung aufrecht erhielt. Aber solange er, Thomas, Direktor der Sicherheitspolizei gewesen sei, sei Staviska nicht „indicateur“ der Polizei gewesen. Als Staviska einmal an der Grenze Pässe Schwierigkeiten hatte, habe Polizeikommissar Bonard ihm

einen Brief ausgehändigt, durch den er Staviska der wohlwollenden Aufmerksamkeit seiner Kollegen anempfehlte. Als der Dienstvorgesetzte des Kommissars Bonard von diesem Brief Kenntnis erhielt, habe er Bonard befohlen, diesen Brief Staviska wieder abzunehmen, was auch geschah, und Bonard haben den betreffenden Empfehlungsbrief dann vor den Augen seines Vorgesetzten verbrannt. Das dürfte nach Ansicht Thomas das einzige Schriftstück gewesen sein, mit dem Staviska seine Beziehungen zur Polizei begründete.

Der 6. Februar

Chautemps vor dem Untersuchungsausschuß

Paris, 8. März. Bei seinem Verhör vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Streikunruhen in Paris am 6. Februar erklärte der frühere Ministerpräsident Chautemps auf Befragen, niemals vom Polizeipräsidenten Chiappe oder von anderer Seite über angebliche Umtriebe des früheren Innenministers Frost unterrichtet worden zu sein. Chautemps ließ durchblicken, daß er bereits früher an eine Amtsenthebung des Polizeipräsidenten Chiappe gedacht habe. Die republikanische Treue der Polizei habe er niemals in Zweifel gezogen. Auch glaube er nicht, daß den Kundgebungen umstürzlerische Absichten zugrunde gelegen hätten. Der frühere Polizeipräsident Chiappe läßt zu dem Dementi Frost erklären, daß er seine unter Eid vor dem Untersuchungsausschuß abgegebenen Erklärungen in allen Einzelheiten aufrechterhalte.

Vatikan gegen Rosenberg

„Osservatore Romano“ knüpft an die Worte des Papstes an, daß das ganze deutsche Volk einen tragischen historischen Augenblick erlebe. Pius XI. sei der „Papst der Jugend“ und habe im Konfordat gerade für die deutsche Jugend Sicherungen geschaffen. Nichtsdestoweniger sei die katholische deutsche Jugend Ziel von Anwürfen, Kritiken, Verdächtigungen und Feindseligkeiten. Erklärlich habe der Führer der hitlerischen Hitler-Jugend erklärt, die restlichen katholischen Jugendverbände müßten noch im Laufe dieses Jahres aufgelöst und in die hitlerische Jugend eingereiht werden, in deren Kreisen man nicht über Kirche und katholische Religion diskutiere. „Für die Ideen einer Priesterschaft, die ihre wahre Mission vergessen hat, sind nicht einundzwanzig Hitler-Jungen gefahren.“ In seiner Rede über Konrad von Parzham hat der Papst diesen bescheidenen und demütigen Kapuziner dem Führer der hitlerischen intellektuellen Erziehung Rosenberg gegenübergestellt: einen Heiligen einem Halben. Der Artikel zitiert Ausführungen des auf den Index gelegten Rosenbergschen Buches und bemerkt, hier gehe es nicht mehr um Phrasen aus Versammlungsreden oder um Interviews, sondern um philosophische Doktrinen, um eine sogenannte neue Religion, die in vollem Widerspruch zum christlichen Glauben und christlichen Leben stünde. Alle geradlinigen Deutschen, welches Bekenntnisses immer, werden einsehen, daß eine Jugend, der das Beispiel des Konrad von Parzham vorleuchte, immer und überall dem Vaterland und der Welt bedeuten wird, daß die katholischen Werte auch jetzt, um mit den Nationalsozialisten zu reden, „im Kampf der Werte“ unüberwindliche nationale und staatsbürgerliche Werte seien.

Knebelung der katholischen Jugendverbände in Bonn

Im Bereiche der Ortspolizeibehörde Bonn wurde den Angehörigen der konfessionellen katholischen Jugendverbände bis auf weiteres jedes geschlossene Auftreten in der Öffentlichkeit, das öffentliche Tragen von Bundesstrahl, das Mitführen oder Zeigen von Wimpeln oder Fahnen, jede sportliche oder volkssportliche Betätigung innerhalb der konfessionellen Jugendverbände verboten. Das Verbot ist auf die Verteilung von Flugzetteln zurückzuführen.

Projekt eines katholischen Senders

Die schweizerische katholische Wochenchrift „Die Schildwache“ erläßt einen Aufruf zur Gründung eines Fonds für einen katholischen Sender, der für den deutschen Sprachkreis aller Länder kirchliche Nachrichten, Kirchen-

musik, Festberichte usw. bringen und somit dem vatikanischen Sender für den deutschen Kulturkreis, ähnlich wie die katholische Sender in anderen Ländern, im „Apostolat der Räte“ zusammenarbeiten will. Der geplante Sender soll den Namen „Eberudim“ tragen.

Ein Weißbuch des Vatikans

Aus Berlin berichtet die Basler „Nationalzeitung“: Die Publikation eines Weißbuches des Vatikans über den Konflikt zwischen „drittem Reich“ und Kurie steht bevor. Der Vatikan beschäftigt, mit einer Aufzählung aller Verdösse von Seiten des Reiches gegen das letzte Sommer abgeschlossene Konfordat die eigene Stellung für die bevorstehende Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Ausführbestimmungen des Abkommens zu stärken. In zwei Punkten dürfte sich die vatikanische Politik nach wie vor unausgeglichen zeigen: in der Frage der Sterilisation und in der des Rassenprinzips. In der geistlichen Jugenderziehung dürfte analog dem Beispiel zwischen Kurie und Nationalismus zwar ein Kompromiß vorbereitet werden. Freilich wird in Berliner katholischen Kreisen, die der Kurie nahestehen, immer wieder erklärt, der Unterschied zwischen dem Konflikt Kurie-Nationalismus und dem Streit Kurie-drittes Reich“ sei sehr groß. Die Katholiken in Deutschland seien eine Minderheit. Der Vatikan lebe sich deshalb gezwungen, die Rechte der deutschen Katholiken nicht energischer, grundsätzlicher und kompromißloser zu verteidigen als die der ohnehin übermächtig katholischen Volksmehrheit in Italien. In denselben Berliner Kreisen wird übrigens gehofft, die in Folge der deutschen antikirchlichen und Rassenpolitik im Ausland entstandenen großen Schwierigkeiten würden die Reichsregierung zu großen Konzessionen an den Vatikan bewegen...

Belichtungsgeheimnis nicht mehr sicher

Der Pfarrer von Wermerichshausen (Unterstaufen) wurde in Schughaft genommen wegen Aufzeichnungen, die er einer Belichtenden gegenüber getan hatte.

Kardinal Bertrams Hirtenbrief

Breslau, 7. März. Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Bertram, hat einen Hirtenbrief erlassen, in dem gesagt wird: „Wer euch ein anderes Evangelium lehrt als das Evangelium, das wir euch bringen, der sei verflucht.“

Eingesetzt — abgesetzt

Braunschweig, 7. März. Der braunschweigische Landesbischof Deye, der erst am 21. Januar in sein Amt eingesetzt worden war, ist zum Rücktritt gezwungen worden.

wegen Erregung öffentlichen Kergernisses verurteilt hatte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Entmannung gestellt. Ein vom Gericht zugezogener Sachverständiger sprach sich indessen nur für die Anordnung der Sicherungsverwahrung aus, da es sich bei dem Angeklagten nicht um einen von strafrechtlich belangenen Menschen, sondern nur um einen moralisch minderwertigen Mann handele, dem ethische Vorstellungen und Hemmungen fehlten. Entgegen dem Wortsachen des Sachverständigen gelangte das Gericht doch zur Anordnung der Entmannung, da nach seiner Überzeugung dem gemeingefährlichen Treiben des Angeklagten auf andere Weise kein Ziel gesetzt werden könne.

Darres „Hegehof“

Und das kritische Fräulein Doktor

Die Geheime Staatspolizei verhaftete in Halle ein Fräulein Dr. Lisler wegen Verächtlichmachung des Reichsministers Darre. Sie sandte, wie der „RSD.“ des Deutschen Nachrichtenbüros meldet, dem Kreisleiter der NSDAP. Bielefeld-Land einen anonymen Brief, der sich in herablassender Form gegen einen vom Kreisleiter gehaltenen Vortrag über den Hegegedanken des Reichsministers Darre gewandt habe.

Polizeibeamte verhaftet

(Anrech.) Der Polizeikommissar von Lengau und der Polizeimeister Kunzmann, beide aus Leer in Ostfriesland, wurden fristlos entlassen und verhaftet, weil sie verschwiegen hatten, daß sie früher einmal Mitglieder der SPD. gewesen waren.

Naziskandale in aller Welt

Holländischer Protest gegen die Nazi-Invasion

Amsterdam, 7. März. Einige hundert Nazis überschritten dieser Tage die holländische Grenze. Auf dem Weg nach Doorninchen, einer kleinen Stadt, die etwa 5 Kilometer jenseits der Grenze liegt, verteilten sie Flugblätter und beschützten die Wände mit Hakenkreuzen. Es waren zum großen Teil Holländer, die in Deutschland leben und der deutschen NSDAP. angehören.

Die holländische Regierung soll eine Protestnote an die deutsche Regierung vorbereiten.

Nazi-Propaganda in Schweden

Stockholm, 6. März. Wie die schwedischen Zeitungen berichten, hat sich ein gewisser Herr Walter Westin, der sich Vortragendeprofessor für skandinavische Literatur an der Universität Berlin betitelt, dieser Tage schamlos auf dem Staub gemacht, da man ihn wegen betrügerischen Konturles festhalten wollte. Der Herr war Berleger mehrerer Zeitungen, die sich hauptsächlich mit nationalsozialistischer Propaganda befaßten.

Entmannung

Trotz gegenteiligen Sachverständigengutachtens

Kassel, 8. März. Die Kasseler Strafkammer hat in einer Entscheidung die Voraussetzungen für die Anordnung einer Entmannung als gegeben angesehen, obwohl sich der Sachverständige gegen die Kastration ausgesprochen. Gegen einen 23jährigen Mann, der zur Zeit seine dritte Strafe

Eine Maschine macht Weltrevolution

Der Mährescher verdrängt Bauern und Landarbeiter

Die Maschine, von der hier die Rede sein soll, muß nicht erst erfunden werden. Sie ist schon seit Jahrzehnten bekannt. Im Laufe der Zeit wurde sie zu ihrer weltumstürzenden Bedeutung verbessert. Und die Revolution, die sie verursacht hat, ist keine Prophezeiung, keine Drohung. Etwa vierzig Millionen Arbeiter, mit ihren Angehörigen 100 Millionen Menschen, erleben diesen Umsturz schmerzhaft in der Not der Arbeitslosigkeit. Wir alle erleben sie in den wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen dieser Zeit. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei es deutlich gesagt: Es soll hier nicht behauptet werden, daß nur diese eine Maschine die Weltkrise verursacht hat. Der Krieg hat die wirtschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen für die Weltkrise geschaffen. Tausende Maschinen und Erfindungen haben die Krise so gesteigert, daß sie mit den bisher angewandten Mitteln nicht beseitigt werden kann, aber diese eine Maschine hat die Lawine der Krise ins Rollen gebracht, sie hat die ersten Millionen Arbeitslose von der Arbeit freigesetzt, und nur in diesem Sinne ist sie die Ursache der Weltkrise.

Eine Maschine — 280 Arbeiter

Die Maschine, die als erste und mehr als jede andere Massenarbeitslosigkeit erzeugt hat, ist der Mährescher. Fast alle Einzelheiten dieser Maschine waren, wie gesagt, schon seit Jahren bekannt. Aber erst als der künstliche Dünger und der Motorschlepper, der Traktor, erfunden waren, bekam die Maschine ihre heutige Gestalt. Der Mährescher ist eine Maschine, die das Getreide mäht und zugleich drischt und in Säcke füllt. Dieser Mährescher braucht etwa 16—18 Mann für seine Bedienung und für die Ergänzung seiner Arbeit. Für die Arbeitsleistung eines Mähreschers wären jedoch 200 bis 300 Arbeiter erforderlich. Diese Maschine allein hat es möglich gemacht, aus ungeheuren Länderstrecken, die noch vor zehn Jahren unfruchtbarer Steppenboden waren, Getreidefelder von gewaltiger Ausdehnung zu machen. Unübersehbare Oedflächen in Kanada und Nordamerika, in Argentinien und Australien, in Afrika und Rußland hat der Mährescher in Getreidefabriken verwandelt. Der amerikanische Kontinent und Australien haben in der Vorkriegszeit etwa 14 Millionen Tonnen Getreide erzeugt. Im Jahre 1932 war der Ertrag dieser Gebiete auf mehr als 35 Millionen gestiegen. Schon im Jahre 1929, als die Krise begann, waren durch die Mährescher 8,5 Millionen Arbeiter überflüssig geworden. Damals arbeiteten in der Vereinigten Staaten allein 37 000 Mährescher. Ihre Zahl stieg in den folgenden Jahren auf mehr als 50 000. Jeder macht durchschnittlich 280 Arbeiter überflüssig.

Der europäische Bauer im Kampf gegen die Maschine

In demselben Ausmaß, in dem in überseeischen Ländern die Verwendung der Mährescher stieg, wuchs in Europa die Krise und die Not der Landwirtschaft. Der kleine und der mittlere Landwirt mag mit seinen Angehörigen und mit seinen Hilfskräften noch so schwer und noch so lang arbeiten gegen die überseeischen Getreidefabriken, kommt er nicht mehr auf. Die Zölle mögen noch so hoch hinaufklettern, sie mögen zu den Absperrungsmaßnahmen führen, die jetzt das Wirtschaftsleben der ganzen Welt behindern, der Mährescher überrennt mit der Zeit auch die höchsten

Gehaltskürzungen bleiben!

Berlin, 6. März. Im Rahmen eines Gesetzes, das sich mit Angelegenheiten des Haushalts und der Wirtschaft befaßt, wird, wie der Reichsfinanzminister in einem Erlaß mitteilt, auch die Geltungsdauer der drei Gehaltskürzungsverordnungen über den 31. März 1934 hinaus verlängert werden. Der Minister hat daher gebeten, bei der Berechnung der im Monat April 1934 auszufallenden Dienstbezüge usw. davon auszugehen, daß die zur Zeit geltenden Gehaltskürzungen auch für den Monat April 1934 in Kraft bleiben.

Das Steuergeheimnis

Jeder Vorstoß gegen das Steuergeheimnis wird bestraft

In einigen Blättern des Westens ist eine Notiz erschienen, in der ausgeführt ist, „daß infolge der Intensität der NSDAP mit dem nationalsozialistischen Staat ein Steuergeheimnis gegenüber den Dienststellen der Partei nicht existiere“. Das Reichsfinanzministerium teilt dazu mit:

Das Steuergeheimnis ist durch die Reichsabgabenordnung gewährleistet. Es wird auch bei einer etwaigen Abänderung der Reichsabgabenordnung bestehen bleiben. Das Steuergeheimnis gilt nicht nur gegenüber Privatpersonen, sondern auch gegenüber Behörden und anderen öffentlichen Körperschaften, infolgedessen auch gegenüber den Dienststellen der NSDAP. Ausnahmen sind dem geltenden Recht gemäß nur anzulassen, wenn ein zwingendes Interesse vorliegt. Ein zwingendes öffentliches Interesse ist nur in ganz besonderen Ausnahmefällen gegeben, so zum Beispiel bei der Durchführung von gerichtlichen Strafverfahren.

Es ist bei einem Finanzamt verlangt worden, Auskunft darüber zu erteilen, in welcher Höhe sich bestimmte Personen an der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit und an der Winterhilfe und anderen Spenden beteiligt haben. Alle diese Spenden beruhen auf Freiwilligkeit. Diese Freiwilligkeit darf durch unmittelbaren oder mittelbaren Zwang in keiner Weise beeinträchtigt werden. Es darf in folgedessen auch die erbetene Auskunft über die Höhe der geleisteten Spenden durch das Finanzamt nicht erteilt

Zollschranken. Obwohl Millionen Menschen hungern, bemühen sich die Wirtschaftsführer seit Jahren, den Anbau von Getreide zu vermindern. Aber der unverkäufliche Ueberschuß der Weltgetreideernte stieg von Jahr zu Jahr. In großen Getreidegebieten, in Kanada und Argentinien, wurde Getreide in Lokomotiven verheizt oder ins Meer geschüttet. Auch Deutschland läßt schon seit Jahren mit Edelmetalle Schweine füttern, aber die Weltmarktpreise für Getreide sinken. Nicht nur in Europa leidet die Landwirtschaft. Auch aus den Vereinigten Staaten wird immer wieder von Farmerrevolten berichtet. Auch die Farmer werden von den großen Getreidefabriken, die mit Mähreschern arbeiten können, verdrängt. Es ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika schon vielfach vorgekommen, daß Farmer ihren Grund und Boden einfach verlassen haben und in die Stadt gezogen sind, weil der Ackerboden durch die Konkurrenz der Getreidefabriken wertlos geworden ist. Wie wird das erst werden, wenn die russischen Getreidefabriken ihre Ueberschüsse auf den Weltmarkt schicken, was schon im kommenden Herbst der Fall sein wird?

Wie die Weltkrise begann

Die Not des kleinen und mittleren Bauern machte auch den Industriearbeiter arbeitslos. Wenn der Bauer nichts kaufen kann, muß die Fabrik teilweise stillgelegt werden. Schon zu Beginn der Krise waren in den Vereinigten Staaten weit mehr als acht Millionen Arbeiter vom Mährescher verdrängt. Es waren in der Hauptsache gut bezahlte Erntearbeiter, die im Sommer ein schönes Stück Geld verdienten, das sie im Winter in den Städten verzehren konnten. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit sank der Konsum, auch der Konsum an Brotgetreide. Die Krise der Landwirtschaft hat die Industriekrise erzeugt und die Industriekrise hat die Krise der Landwirtschaft verschärft. In dieser Wechselwirkung geht es seither immer weiter. Was mit dem Weizen begann, setzte sich mit den anderen Massengütern des Weltverkehrs fort. Zucker und Kaffee, Baumwolle und Jute, Kautschuk und Steinkohle, Kupfer und Stahl, Öl und Holz lagen in vielen Millionen Tonnen unverkäuflich am Weltmarkt. Die Menschheit geht an dem mit Hilfe der Technik erzeugten Ueberfluß zugrunde, wenn nicht bald eine andere Wirtschaftsordnung die Produktion regelt und den scheinbaren Ueberfluß dazu verwendet, hunderte Millionen notleidende Menschen mit Nahrung, Wohnung und Lebensbedarf zu versorgen. Von wirklicher Ueberproduktion kann natürlich nicht gesprochen werden, solange es vierzig Millionen Arbeitslose gibt und solange noch viele hunderte Millionen Menschen, die in Indien und China in Erdlöchern wohnen und von einer Handvoll Reis täglich leben.

Der Mensch und die Technik

Eine Maschine hat die Weltkrise ausgelöst. Aber diese Maschine könnte bewirken, daß unzählige Millionen Menschen vom schwersten und härtesten Arbeitsdruck befreit werden. Heute hat die Maschine den Zweck, Gewinn zu erzeugen. Wenn man die Technik von dieser Aufgabe befreit und ihr dafür die Aufgabe stellt, ohne Rücksicht auf Gewinninteressen mit dem geringsten Energieverbrauch alles zu erzeugen, was wirklich gebraucht wird; wenn die Arbeitszeit allgemein herabgesetzt und die Kaufkraft der Massen wieder hergestellt wird, ist die Krise überwunden. Die Menschheit kann von der Technik aus ihrer heutigen Not befreit werden, aber zuerst muß sie die Technik von dem Druck der Gewinnrechnung des Unternehmens befreien, der heute auf ihr lastet.

werden. Jeder Finanzbeamte, der ohne zwingendes, öffentliches Interesse irgendwelche Auskunft über die Angelegenheiten bestimmter Personen erteilen würde, würde gegen ein ausdrückliches dienstliches Verbot verstoßen und sich der Gefahr eines Dienststrafverfahrens aussetzen.

USA.

Sturz der Einkommen

Ein deutliches Bild von der Schwere der Wirtschaftsdpression bieten die neuesten amtlichen Statistiken über die Einkommensverschiebungen seit dem Jahre 1929. Während in diesem letzten „Prosperitätsjahr“ das Einkommen der amerikanischen Bevölkerung noch 83 Milliarden Dollar betrug, fiel es im Jahre 1930 auf 70,5 Milliarden Dollar, 1931 auf 54,7 Milliarden Dollar und im Jahre 1932 auf 38,3 Milliarden Dollar. Das Jahr 1933 zeigt zwar einen scheinbaren leichten Anstieg auf 39,8 Milliarden Dollar; da aber in der zweiten Hälfte des Jahres schon die Dollarentwertung in geringem Maße fühlbar wurde, liegt das Volkseinkommen von 1933 seinem wirklichen Werte nach noch unter dem des Vorjahres. Während 1929 auf den einzelnen Amerikaner ein Durchschnittseinkommen von 638 Dollar entfiel, betrug dieses im Jahre 1933 nur noch 316 Dollar.

Keine Abwertung des Schweizer Franken

dnb Bern, 8. März. Im Rahmen eines Vortrages über die Möglichkeiten und Grenzen der schweizerischen Wirtschaftspolitik lehnte Bundesrat Schulthess, der Leiter des Eidgenössischen Wirtschaftsdepartements, eine Abwertung des Franken als verhängnisvoll entschieden ab und befürwortete eine systematische Anpassung der schweizerischen Wirtschaftspolitik an die Weltwirtschaft, was für das Inland einen gewissen Abbau der Löhne und Preise bedinge. Schulthess appellierte an die Zusammenarbeit des ganzen Volkes zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die unter der bisherigen Staatsform erfolgen solle.

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Neue „Arbeitsschlacht“

Beginn 21. März

Berlin, 7. März. Auf Einladung des Reichsministers Dr. Göbbels fand im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda eine Besprechung über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Frühjahr und Sommer d. J. statt, an der die Führer der deutschen Industrie, des Handels und des Handwerks teilnahmen. Am 21. März sollen in allen Teilen des Reiches große neue Arbeitsvorhaben der öffentlichen Hand in Angriff genommen oder bereits begonnene in ihrer Durchführung gesteigert werden. Die Privatwirtschaft wird an diesem Tage die Zahlen der voraussichtlich neu einzustellenden Arbeitskräfte bekanntgeben. Der Führer selbst wird von einer der Baustellen der Reichsautobahnen eine Rede halten, die auf alle deutschen Sender übertragen werden wird.

Reichslügner Dr. Göbbels

Auch die Reichspost widerlegt ihn

In Leipzig soll jetzt die „Messe des deutschen Wiederaufstiegs“ blühen.

Der Reichslügenminister Dr. Göbbels verkündete zur Eröffnung:

In diesem Sinne und aus solchem Geiste heraus sind Regierung und Wirtschaft an die Arbeit gegangen. Der Erfolg, der gezeitigt wurde, ist der beste Beweis für die Richtigkeit der Methoden, die dabei zur Anwendung kamen.

Wie der „Erfolg“ aussieht, berichtet soeben die deutsche Reichspost:

Die Gesamteinnahmen der Deutschen Reichspost fielen im Kalenderjahr 1933 auf 1691 (i. V. 1733) Millionen Mark, wovon 1619 (1696) Millionen Mark Betriebseinnahmen waren. Dem standen gegenüber Gesamtausgaben in Höhe von 1698 (1717) Millionen Mark, einschließlich 232 (242) Millionen Mark Ablieferungen an das Reich. Unter Berücksichtigung dieses Postens errechnet sich hiernach ein Fehlbetrag von 17,5 Millionen Mark anstatt eines Ueberschusses von 16,2 Millionen Mark im Vorjahre.

So wird „Konjunktur“ gemacht

Festanzüge auf Stottern

Die Stadtverwaltung von Düsseldorf hat eine Maßnahme getroffen um ihren Arbeitern und Angestellten die Beschaffung des Festanzuges der Deutschen Arbeitsfront zu erleichtern. In allen städtischen Ämtern, Dienststellen und Betrieben werden Bestelllisten aufgelegt. Die Stadtverwaltung hat die Vorfinanzierung der Aufträge übernommen. Die von ihr vorgelegten Beträge werden in kleinen Raten vom Gehalt oder vom Lohn eingekalkuliert. Die Aufträge werden gesammelt und geschlossen an die Düsseldorfer Schneiderinnung, die von der Deutschen Arbeitsfront mit der Durchführung der Aufgabe betraut ist, weitergegeben. Die Stadtverwaltung beschäftigt rund 3000 Arbeiter und 700 Angestellte. Rechnet man für den Festanzug einen Durchschnittspreis von 56 Mark, so ergibt sich bei 3000 Bestellungen ein Kapitalbedarf von 165 000 Mark, der restlos dem Düsseldorfer Schneiderhandwerk zugute kommt. Die erste Auswirkung dieser Maßnahme ist, daß die 150 Schneider, die zur Zeit noch vom Wohlfahrtsamt unterstützt werden, wieder Arbeit finden.

Verkehrsrückgang in Berlin

(ITF.) Auf den Berliner Nahverkehrsmitteln wurden im Jahre 1933 1 100,7 Mill. Fahrgäste befördert gegen 1 146,3 Mill. im Jahre 1932; der Rückgang beträgt demnach rund 4 Prozent. An dem Gesamtverkehr sind die einzelnen Verkehrsmittel wie folgt beteiligt:

	1933	Prozent	1932	Prozent
Straßenbahn	473,2	(43,0)	481,2	(42,0)
Omnibus	96,7	(8,8)	99,6	(8,7)
U- und S-Bahn	185,6	(16,9)	204,0	(17,8)
Reichsbahn	345,2	(31,3)	361,5	(31,5)
	1 100,7	(100)	1 146,3	(100)

Der Verkehr der Berliner Verkehrs-Gesellschaft zeigt gegen 1932 einen Rückgang von 3,7 Prozent, im Vorjahre betrug er gegen 1931 10,9 Prozent. Wenn der Verkehr 1933 weniger rückläufig als im Vorjahre ist, so hat dies seine Ursache hauptsächlich in der am 1. September 1933 erfolgten Einführung eines Kurzstreckentarifes. In den ersten 8 Monaten (Januar bis August 1933) macht der Rückgang im Vergleich zum gleichen Zeitraum i. J. 1932 7,4 Prozent aus.

Der eiserne Vorhang

Alles Ungünstige verschweigen!!

(Inpreß.) Der neue bayerische Wirtschaftsminister Esser läßt im „Völkischen Beobachter“ eine Erklärung veröffentlichen, die eine sehr bemerkenswerte Stelle enthält. „Es sei“, sagt Esser, „ein dringendes Erfordernis, daß die politische Propaganda und die Einstellung zum Wirtschaftsleben, wie sie sich in der Presse widerspiegeln, so gehalten werden, daß sie sich nicht gegen uns selbst richten, indem man dem Ausland Gelegenheit gibt zur Ausschlichtung der Presseäußerungen zu unserem Nachteil. Leider bestünde Anlaß, einen Teil der bayerischen Presse auf diese ihre Unvorsichtigkeit aufmerksam zu machen.“

Rückgang im Ruhrkohlen-Absatz

Beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat hat der Absatz im Februar einen Rückgang erfahren. Der Gesamtabsatz des Monats stellte sich auf arbeitstägig 185 000 (Vormonat 203 000) Tonnen. In das unbestrittene Gebiet gingen 92 000 (99 000) Tonnen, in das bestrittene 93 000 (104 000) Tonnen. Die Lagerbestände auf den Zechen sind unverändert geblieben.

Republik oder Experimentierfeld?

Von Lucien Romier

Der folgende Aufsatz des bedeutenden französischen Publizisten untersucht mit außerordentlichem Ernst die Krise der französischen Demokratie. Wir geben diese Ausführungen wieder, weil sie über die gefährdete Situation der Demokratie auch in anderen Ländern wesentliches sagen. Romier zeigt keine Lösung und was ihm vorzuschweben scheint, sieht mehr nach provisorischer Pseudolösung aus. Aber unübertrefflich sieht er die entscheidende Gefahr der Demokratie: aus Ziellosigkeit gegenstandslos zu werden.

Man kann über die Geschichtsurteile von Charles Seignobos streiten, sagte mir ein Mitbürger. Aber niemand wird bezweifeln, daß er die Tatsachen der Geschichte weiß, und daß er ein „republikanischer“ Historiker im reinsten Sinn des Wortes ist. Schenken Sie mir ein paar Sekunden Aufmerksamkeit. Ich werde Ihnen zwei Leseblätter vorlesen, in denen Herr Seignobos am Schluß seiner „Wahren Geschichte der französischen Nation“ den Geist des republikanischen Regimes definiert...

Ich hörte folgendes: „Der persönliche und willkürliche Zwang, den die Mächtigen dauernd üben, ist allmählich verschwunden. Der Staat hat aufgehört auf die Gedanken und das Privatleben seiner Untertanen einen Druck auszuüben.“

Der Mitbürger fuhr fort:

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß entweder die Republik nicht das ist, was man uns versprochen hätte und was Herr Seignobos so meisterhaft definiert — oder aber wir befinden uns nicht mehr in einer Republik. Denn der Staat widmet sich offenbar mit Eifer seit einigen Jahren der Aufgabe, seine Machtmittel zu erweitern, um auf unser Denken und unser Privatleben zu drücken. Vom staatlichen Wohlstand bis zur Zwangsversicherung und vom Steuererzogen bis zum staatsrechtlichen Hundstun, in tausend anderen offenen und verhaltenen Formen des Drucks, immer handelt es sich nur darum, unser Denken und Tun unter Regeln zu zwingen, die wir uns nicht ausgeliefert haben.

Ich fragte den Bürger, wo er hinauswolle.

Wir haben, antwortete er mir, die Republik entweder gewollt oder als das gegebene Regime anerkannt. Das gegenwärtige Regime gleicht offensichtlich der Definition nicht mehr. Wenn es so steht — seien wir ehrlich gegen uns selbst. Daß wir es für möglich und für das Beste halten, sollten wir die wahre Idee der Republik wiederannehmen. Wenn uns aber dieser Rückweg verlost erscheint, dann sollten wir zugeben, daß wir mitten in der Suche nach einem bis jetzt noch nicht definierten Regime sind. Im letzten Fall, heißt es Ernst machen. Wir müssen den Mut haben, wieder frei und unbefangenen zu urteilen und zu experimentieren.

Dies Entweder-Oder macht die Unsicherheit deutlich, die viele französische Gemüter vermischt.

Die meisten Franzosen nennen sich heute nachdrücklich Republikaner, wobei sie diesem Wort die Bedeutung eines tapferen oder systematischen Strebens nach Veränderung beilegen. In unseren politischen Streitigkeiten und politischen Gegensätzen überwiegt der Wunsch nach einem Wechsel den nach einem Festhalten an den einmal gewonnenen Prinzipien. Es ist paradox, aber die Parole „republikanische Verteidigung“ wird nur noch von denen benützt, die den ganzen Staat umformen wollen.

Inferne Verfassung deckt in Wahrheit dabei nicht mehr einen Staat, dessen Grundanschauungen und dessen Regeln für den Bürger feststehen, sondern ein Regime der Experimente und der Versuche. Dieses Staatswesen steht unter dem regellosen Druck der jeweiligen Notwendigkeiten, des Wahlgewinns und des Interessesstreifs.

Eine rein experimentelle Geisteshaltung, was die politischen Tatsachen im allgemeinen und die Formen des Regimes im besonderen angeht, ist vom Gesichtspunkt der Vernunft wie dem der Praxis aus sehr wohl zu rechtfertigen. Uebrigens ist diese Geisteshaltung an sich nichts Neues. Sie hat, wenn auch nicht immer offen und ausdrücklich, zahlreiche Vertreter in der Vergangenheit, vor allem während der Renaissance und im 18. Jahrhundert. Sie kann sich heute auf die Veränderlichkeit in der materiellen Seite unserer Zivilisation berufen, die eine fortwährende Revision der sozialen Einrichtungen und politischen Methoden mit sich bringt.

Aber wenn man diese rein experimentelle Geisteshaltung in der Politik annimmt und noch mehr, wenn man in den Begriff des Staates selbst und in seine Beziehungen zum Bürger den Grundsatz des unbegrenzten Experimentierens einführt, dann muß man wenigstens auch die Gefahren sehen.

Vor allem besteht eine Gefahr, — und jeder Beobachter spürt sie heute, — das ist die des Schwindens des politischen Idealismus. Der politische Idealismus ist verschwunden, der Bürger gehört nur noch den Meinungen und den Interessen des Augenblicks: er ist äußerlich oder innerlich bewegt, je nach den Umständen, aber er hat keine allgemeine Willensmeinung. Unter einer Erregung, die an der Oberfläche bleibt, wird er politisch passiv.

Ein Regime, das kein anderes Prinzip mehr kennt, als das experimentierende Streben nach einem tatsächlich bestehenden Gleichgewicht, und ein Bürger ohne politischen Glauben, der sich selbst in dieser Lage des Experimentierens befindet — das bedeutet freie Bahn für alle Experimente.

Wenn sich ein Regime in dieser Richtung entwickelt — mögen seine unmittelbaren Aussichten auch noch so beruhigend erscheinen —, dann sollten die, die von der Befreiung der Menschheit träumen, sich nur mit größter Vorsicht auf neue Wege wagen. Weit entfernt, die Menschheit zu befreien, würden sie nur sich selbst zu verflachten Gefahr laufen.

Yieht man die Bilanz der Gewinne und Verluste der Demokratie der letzten 15 Jahre, vor allem in Europa, so erkennt man, daß sie sehr ungeschickte Führer und Inspiratoren gehabt hat. Der Sieg der Nationen des Westens hätte der Demokratie unerhörte Chancen in der Welt gegeben. Diese Chancen sind heute nicht nur fast alle verloren, sondern die demokratische Ideologie ist von der Vorhut zur Nachhut des politischen Denkens geworden.

Niemals hat eine Sache, die so zu triumphieren schien, in so kurzer Zeit eine solche Niederlage erlitten. Diejenigen, die sich als Vertreter dieser Sache seit dem Kriege ausgeben, haben keinen Grund, sich ihres Reiches zu rühmen. Bevor sie das weiter tun, täten sie gut daran, einmal gründlich nachzudenken.

Es bleiben nur noch zwei Länder, in denen die Fahne der demokratischen Freiheit weht: Frankreich und England. Diese zwei Länder sind beinahe die letzten Zufluchtsstätten der Opfer einer intoleranten Politik. Wird die Borniertheit der Hege, früher oder später, soweit gehen, in Frankreich und in England einen Rückfall zu diktatorischen Methoden hervorzurufen? ... Dann bliebe nur noch übrig, die Geschichte des vollständigen ganzen Verrats des Volkes durch seine angeblichen Verteidiger zu schreiben.

Was ist nun das wirkliche Geheimnis der demokratischen Niederlagen seit 15 Jahren? Es liegt darin, daß die Linksparteien, verleitet durch den Hang zum demagogischen Experimentieren, alles dem Zufall anheim gestellt haben, einschließlich des Freiheitsprinzips. Ist es erst mit der Freiheit vorbei, dann bleibt nur Autorität oder die Gewalt, also das Gegenteil der Demokratie.

Für Frankreich ist das Problem heute ziemlich klar.

Es muß eine Reform seiner politischen Einrichtungen vornehmen. Je länger es diese Reform hinausschiebt, desto brutaler wird sich diese Notwendigkeit eines Tages ergehen.

Wird sich die Reform im Endgültigen für oder gegen die Republik auswirken? Das wird einzig und allein von der Haltung oder der Indifferenz abhängen, die die Linksparteien den alten Prinzipien zollen, die den Erfolg der Republik herbeiführen. Hier steht voran die Gedanken- und die Bewegungsfreiheit des Bürgers.

Wenn die Parteien der Linken die These des reinen Experimentierens annehmen, des unbegrenzten messianischen „Werdens“, und wenn sie dabei zum brutalen Zwang ihre Zuflucht nehmen, dann ist die Republik verloren. Denn das Experiment wird bald nichts anderes sein als gewalttätiger Kampf, in ihm wird die Zahl, wie in allen Gewaltkämpfen, der Anziehung einer Kraft erliegen, die außer und über ihr steht.

Aus dem „Temps“.

Emigrantenzustrom abgeebbt

Nach Mitteilungen der verschiedenen Flüchtlingskomitees ebbt der Zustrom aus Deutschland ab. In Prag selbst gibt es nicht mehr als 30 bis 35 Flüchtlinge, eine Zahl, die wesentlich geringer ist als im Sommer 1933. Viele Emigranten sind nach Deutschland zurückgekehrt, viele sind nach anderen Ländern, besonders nach Palästina und Frankreich, weitergereist. „Prager Mittag“ bringt Beschwerden über Ausweisungen von Emigranten und ungleiche behördliche Praxis vor und fordert Abhilfe.

Rasputin

Impressionen von einem Sensationsprozeß

Von R. H. (London).

London, im März 1934.

Weshalb man eines der weltberühmtesten Dramen unserer Jahrhundert in den nächsten Werken eines jener fähigen Geschichtsschreiber nach, die Zusammenhänge suchen und logische Schlüsse ziehen wollen, kann man je nach Profession und Temperament das sogenannte „Interesse“ an den Tag legen oder auch gähnen. Man muß schon besonders fantasiebegabt sein, um das blutarme Leben des geschichtlichen Wesens zu fühlen zu können, aber das Empfinden der meisten Menschen ist stumpf geworden gegen die Not jener gewaltigen Ereignisse, die seit 20 Jahren — von 1914 bis 1934 — ununterbrochen auf sie einwirken.

Aber plötzlich wird einmal durch irgend einen banalen Zufall der Staub von den Blättern der Geschichte hinweggeblasen, eine Bühne erhebt, die Historie beginnt noch einmal lebendig zu werden, und ihre handelnden Personen sind noch einmal Akteure. Man sieht im Parkett und sieht ein Spiel, kein, gespielt, furchtbare Wirklichkeit.

Das, was wir in diesen Tagen wieder zu einem geläufigen Leben erwachen haben, war eines der ergreifendsten und mächtigsten Trauerspiele unserer Jahrhundert. Es trägt den Titel: Rasputin.

Am 21. November 1915 wurde das Vorspiel zu dieser Tragödie in Moskau von der Worsowa, der Hofbühne und Verwandten der letzten Zarin, niederschrieben. Sie war dem Wundermönch verfallen, wie keine der zahllosen anderen. „Zehn böser Geist“ wurde sie genannt und war doch selbst eine Beseelte. Ihre Tatenbuchauszeichnung von jenem Tage ist sprunghaft, zerhackt, erregt, wie alle privaten Notizen, aufgeschrieben.

„Wie entsetzlich, O, wie entsetzlich. Wer mag dieses Weib sein? Kislina (die Haushälterin und Vertraute Rasputins) sagt, daß die Unbekannte oft, besonders in den letzten Tagen, den Starez angeklammert hätte. Und er hätte sich jedesmal lange mit ihr unterhalten. Einige Male hätte sie ihm in den Hörer vorgeschlagen, und er hätte sie gelobt. Und als Kislina den Starez nach ihr fragte, hätte er gesagt: „So, das ist so eine ... Klingelt in einemfort, sagt immer, sie will zu mir kommen und kommt doch nicht. Nun sagt sie, ich soll kommen ...“

Und als der Starez antwortete: „Ich komme“ und fragte, „aber wohin denn?“, wurde sie verwirrt und hängte an. Der Starez schaute und sagte „Dumme Gans“.

Kislina hat den Starez, er solle zu der Unbekannten nicht gehen, er solle nicht riskieren. Er aber lachte und sagte: „Ein tolles Frauenzimmer ... Redet auf einen ein, dann hängt sie an.“

Nach diesem Gespräch verging eine Woche. Der Starez kam gerade von den „Anstern“ (wo die Vergnügungsberechtigten waren), war sehr angetraut, wollte zu Mama fahren. „Mama“ nannte man am Hofe die Zarin, begann sich aber und ging sich ein bisschen hinlegen. Plötzlich geht das Telefon. Er ging selber ran, lästerte fröhlich hinein:

„Werde da sein, jawohl, jawohl, jawohl.“

Und nach ein paar Minuten fuhr er los. Auf alle Fragen der Kislina, wohin er denn wolle, sagt er nur: „So gib doch Ruh.“

Sie klingelt sofort Kommissar an. Dieser war im Augenblick da. Geriet in große Aufregung. Riefte sich sofort auf den Weg, die Spuren zu verfolgen.

Mehr als drei Stunden vergingen in großer Unruhe. Alles war auf die Beine gestellt. Doch Kommissarow belächelte man solle ja nur keinen Alarm schlagen. Schon um 11 Uhr (der Starez war um 8 Uhr weggegangen) fuhr die Droßke vor, und man trug den Starez auf Händen hinauf. Er lag

ohnmächtig. Dann kam Doktor Badmajew, man hatte ihn sofort geholt. Nach einer Stunde kam der Starez zu sich. Doch der Doktor brachte ihn zu Bett und verbot, auch nur das geringste anzufassen. Er machte sich mit ihm zu schaffen bis zum Morgen, und erst nach hartem Erbrechen sagte der Arzt, nun wäre sein Leben außer Gefahr.

Als ich am nächsten Tage — ganz in Tränen — um sein feines Leben gebetet hatte, erzählte er mir folgendes: „Seit mehr als einem Monat „intrigiert“ irgend so eine feine Dame den Starez, und bald verpricht sie, zu ihm zu kommen, bald bittet sie ihn zu sich. Immerfort sagt sie: „Ich darf nicht aus, ich muß Dich sehen, und ich fürchte Dich.“ Und das letzte Mal, da bot sie ihn zu kommen. Ihre Stimme war so angenehm und süß, daß er hinfuhr. Er sagte aber niemandem was zuvor. Er kam in die Wohnung — ja, nicht einmal eine Wohnung — einfach ein Zimmer. Auf der Stein-Türschwelle. Alles herrschaftlich, erzählt der Starez. Die Tür öffnete kein Diener, auch kein Stubenmädchen, sondern ein Offiziersbursche. Er nahm mir den Mantel ab. Die Madame selber kam heraus, noch blutjung, fast ein junges Mädchen. Schönes Gesicht, hinkte aber ein wenig. Begann zu sprechen — dieselbe Stimme. Führt ihn zu sich hinein. Gewirtung fand da. Man sah — sie kannte alles, was er gern hatte: keinen Wein, Lorien, Kuchen, Birnen. Alles hochanständig. Sie begann zu schwätzen. Da klingelt das Telefon. Sie geht ran. Er geht sich Wein ein, trinkt ihn aus, ist ein Stück Lorie, nimmt sich von dem Kuchen. Sie kommt zurück und wirft sich plötzlich vor den Starez auf die Knie: „Trink nicht ... Gift ... Das Dich vergiften wollen.“

Und selber bebt sie am ganzen Leibe. Wurmelt noch etwas Unverständliches.

Der Starez fühlt, wie ihm schwindelig wird, taumelt nach dem Wohnzimmer, wo er niemanden antrifft, eilt hinaus — ohne Hut — ohne Mantel. Glücklicherweise kommt gerade eine Droßke vorüber. Er sagt noch die Adresse und fällt in Ohnmacht. Am nächsten Abend fand in der „Abendzeitung“ eine Notiz: „Die Gattin des Generalsekretärs B. wurde tot aufgefunden. Der Tod erfolgte durch Vergiftung.“

Der Starez war erschüttert. Warum hat sie Selbstmord begangen? Hat sie plötzlich Angst bekommen vor der Verantwortung, oder war was Persönliches im Spiel?

Der Starez sagte: „Ich hätte keinen Finger gegen sie gerührt und auch nicht angelassen, daß irgendwer ihr was antat. Sie sagte immerzu: „Ich hab Dich, Origiuri, töten wollen, um die anderen alle zu retten. Aber wie ich Dich gesehen habe, da habe ich verstanden, daß mans nicht darf.“ Nun hat sie sich selber getötet. ... Für die muß man beten.“

Von dem, was dem Starez passiert war, wurde verboten zu sprechen.

Die Verstorbene war ein junges Institutskind, das vor kurzem geheiratet hatte. Man sagte von ihr, daß sie sehr exaltiert war. Früher einmal wollte sie ins Kloster. Jetzt beschloß sie — wie erzählt wird, in den Tod zu gehen, um zugleich Rußland von Starez zu befreien. Sie war unter den Einfluß eines Menschen geraten. Als sie Starez erblickte, konnte sie seiner Heiligkeit nicht widerstehen. ...

Die Szene wechelt. London — 19 Jahre später. Im März 1934. Kleiner Gerichtssaal, hölzerner Wandpaneel, imitierte Gotik. Auf seinem Thron sitzt der Gerichtsvorsitzende. Grünes wädhlerisches Gewand mit fast teilnahmslosem Ausdruck. Aus dem Dunkel des Judderräumen sieht man irgendwo Hände (rotgeladete Riegel — Zinteln) der Damen der Gesellschaft. Genaue Kontrolle der Zutretenden. Das Publikum: die letzten Mitglieder einer Dynastie, gegenüber die Streitkräfte einer großen Firma. Auf der Anklagebank: ein Altredaktor. Gutmütig aussehender Mann in den besten Jahren; rundes, rotes Gesicht. Die Anklägerin: Fürstin Jusupow, Gattin des Mörder Rasputins. Die Anklägerin: schmal, schwarz, nervöses angestrichenes Gesicht. Auf der Zeugenbank: ihr Mann, der Fürst, aristokratischer Offizier, schlank, leicht angegraut, sehr beherricht. Gegenstand der Verhandlung: In einem Film „Rasputin“, den die beklagte Gesellschaft herausbringen will, gibt es eine Figur: Prinzessin Natascha. Sie ist die Geliebte Rasputins. Hinter diesem Namen erkennt man un schwer die Gestalt der Fürstin Jusupow. Wie hat — so sagte sie — irgendeine Beziehung zwischen ihr und dem Mönch bestanden. Sie fühlt sich tief in ihrer Frauenehre verletzt, wünscht, vom Gericht rehabilitiert zu werden und ein Verbot des Films.

Das Spiel beginnt: Sir Patrick Hastings, Anwalt der Fürstin, steht auf und sagt: „Schatten Sie, Herr Vorsitzender, daß ich an den Zeugen Fürst Jusupow einige Fragen stellen.“

Vorsitzender: „Bitte.“ Sir Patrick: „Fürst Jusupow, Sie lebten damals in Ihrem Palais am Ufer der Moskwa?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Im Jahre 1916 haben Sie es so eingerichtet gemacht, daß Sie die Bekanntschaft Rasputins machten?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Hat Ihnen Rasputin einige seiner Geheimnisse eröffnet?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Hat er Ihnen gegenüber auch davon gesprochen, daß es in seiner Nacht hebe, den Zarewitsch zu töten?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Hat Rasputin Ihnen eine Begründung für sein Zusammengehen mit Deutschland gegeben und Aufschluß über seine Tätigkeit für Deutschland in Rußland?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Zielte diese Tätigkeit auf eine Abfertigung des Zaren hin und eine Ergreifung der ganzen Macht durch Rasputin?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Haben Sie deswegen den Entschluß gefaßt, daß Rasputin sterben müsse?“

Jusupow: „Ja, weil er eine Gefahr für mein Vaterland war.“ Sir Patrick: „Wollte Rasputin in der Nacht zum 16. Dezember Ihrer Einladung ins Palais Moskwa?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Hierfür haben Sie sich von einem Arzt das Gift beschafft, mit dem Ziel, Rasputin zu ermorden?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Die sollte ihm das Gift beigebracht werden?“

Jusupow: „In Rußland und Wien.“ Sir Patrick: „Wo trafen Sie sich in Ihrem Palais mit Rasputin?“

Jusupow: „Unten, in den Vorratsräumen, im Keller.“ Sir Patrick: „Zu dieser Stunde war Muffel im Palais, wo?“

Jusupow: „In meinem Privatpalast.“ Sir Patrick: „Der befindet sich gerade über dem Vorratsgewölbe?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Wen traf Rasputin zunächst im Keller?“

Jusupow: „Mich.“ Sir Patrick: „Auch jemanden anders?“

Jusupow: „Nein.“ Sir Patrick: „Wer hol ihm Wein und Kuchen an?“

Jusupow: „Ich.“ Sir Patrick: „War die Dosis Gift nach Aussagen des Arztes ausreichend, um einen oder mehrere Menschen zu töten?“

Jusupow: „Mehrere.“ Sir Patrick: „Sahen das Gift irgendeine Wirkung auf ihn auszuüben?“

Jusupow: „Zunächst nicht, später ja.“ Sir Patrick: „Sahen es ihn schwer anzugreifen?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Als er noch nicht gleich starb, haben Sie mit einem Revolver nachgeholfen, von wem hatten Sie ihn?“

Jusupow: „Vom Großfürsten Dimitri.“ Sir Patrick: „Wo war der?“

Jusupow: „In meinem Salon.“ Sir Patrick: „Was, Sie sind wieder hinuntergegangen, um jemanden zu töten?“

Jusupow: „Ja, Rasputin.“ Sir Patrick: „Sahen er dann tot zu sein?“

Jusupow: „Ja.“ Sir Patrick: „Später sahien wieder Leben in ihm zu sein?“

Jusupow: „Ja, später.“ Sir Patrick: „Was haben Sie dagegen getan?“

Jusupow: „Nurissewitsch hat dreimal auf ihn geschossen.“ Sir Patrick: „Das war wohl das Ende?“

Jusupow: „Nein, noch nicht.“ Sir Patrick: „Was haben Sie also gemacht?“

Jusupow: „Ich habe einen Spazierstock benutzt, der frei enthielt.“ Sir Patrick: „Wurde der Körper des Ermordeten nachher von Ihren drei Freunden und zwei anderen Männern fortgetragen und ins Wasser geworfen?“

Jusupow: „Ja.“

Der Vorhang fällt und der Prozeß geht weiter....

Die bedrohte Pfarre

Von Bruno Brandy

Mein Freund ist Rechtsanwalt, Hunderte Leute aller Stände mit allen möglichen Schmerzen kommen zu ihm — und so erfuhre ich die Geschichte jener sanften, gutbürgerlichen Schwiegermutter, in der ein schweres Verbrechen keimte. „Niemand ahnte, was in ihr vorging.“ erzählte der Rechtsanwalt, „denn sie war rund, behäbig und etwas spießig, niemand hätte ihr einen verbrecherischen Gedanken auch nur zugehört, aber die Sache mit ihrem Schwiegersohn warf sie einfach aus dem Gleise.“

Dieser Schwiegersohn war ein höherer deutscher Justizbeamter — sagen wir Amtsrichter —, und das machte die kleine Tragödie so brenzlich, denn als Mann der sogenannten Gerechtigkeit muß er auch über falsche Eide urteilen. Was besonders kritisch ist, wenn man selbst unter diesen Paragraphen fallen könnte. Aber das ahnte dieser Richter nicht. Er hatte die eidesstattliche Versicherung, daß seine Ahnenreihe und die seiner Frau arisch seien, in gutem Glauben abgegeben. Lediglich die Schwiegermutter, Frau... nun sagen wir Frau Renate, wußte Bescheid. Das bißchen „Rassenschande“ lag weit zurück: die Großmutter der Frau Amtsrichter hatte eine jüdische Mutter. Wer wußte das? Nicht einmal die Frau Amtsrichter, mit deren blondem, blauäugigem, urgermanischem Typus der Gatte in Kollegenkreisen gern prunkte.

Frau Renate schwieg wie das Grab und bis dahin an ihr unbekannte Energiefalten gruben sich rechts und links der Mundwinkel ins Gesicht. Warum sollte sie den beiden eine momentan unangenehme, historische Wahrheit sagen? Schweigen ist Gold. Frau Renate schlief sogar nach Tisch ihre halbe Stunde so fest wie ehemals, als Deutschland noch zu den zivilisierten Staaten gehörte.

Bis dann das eintrat, was uns bei Strindberg immer so gepackt hat — weißt du, wenn plötzlich der Bösewicht seinen Schatten durchs Fenster warf. Es klopfte an Renates Tür und herein trat Eduard, ein brünetter, etwas wurmstichiger Cousin. Seit einem Jahrzehnt hatte man nichts mehr von ihm gehört. Nun saß er pomadig hinterm Kaffeetisch, sprach von den schlechten Zeiten und so nebenbei mit ögler Stimme auch vom Arierparagraphen und daß doch auch der Amtsrichter habe unterschreiben müssen. Dabei sah er mit unschuldigem Blick zu Renate herüber. Sie stand auf, ging zum Kanarienvogel, steckte ihm Biskuit zwischen die Stäbe und sammelte sich... Was wußte er nun eigentlich? Das Gespräch glitt weiter, und kurz vorm Abschied stellte sich heraus, daß Eduard etwas Bargeld brauchte. Nicht viel, aber immerhin... Renate gab. Man wußte ja nicht, was der Mann wußte.

Seit diesem Tage war es mit Renates Ruhe vorbei. Nach einigen Wochen fand sich der Cousin abermals ein — und brauchte wieder Geld. Und so in immer kürzeren Zwischenräumen. Renate gab zweimal, gab dreimal. Ihre Angst wuchs,

ihr Geld nahm ab. In schlaflosen Nächten wälzte sie sich hin und her, sann und sann, wie sie ihre Kinder retten könnte. In Halbtönen erlebte sie Katastrophen: der Schwiegersohn wegen Betrugs vor Gericht, die Ehe geschieden, die Tochter weinend, flüchtend, tot.

Die runde Renate magerte ab, dachte an Selbstmord — aber wem sollte das nützen? Der Erpresser würde sich an die Tochter heranpirschen. Nein, etwas anderes mußte geschehen! Das innere Fieber trieb sie in ihren Geburtsort. Dort umkreiste sie die Pfarre, denn hier lag das Buch, in dem alles schwarz auf weiß stand. Vielleicht existierte es gar nicht mehr... oder reichte nicht mehr so weit zurück? Eine Verzweifelte klammerte sich an einen Strohalm. Sie ging hinauf, ließ sich das Buch zeigen, der Pfarrer war nett, höflich, diskret — aber der verräterische Vermerk verschwamm im Buche vor ihren Blicken... Eine Woche blieb sie in ihrem Heimatort, der ihr immer feindlicher und unheimlicher erschien. Hier lauerte die ewige Gefahr, hier mußte etwas geschehen — das unselige Buch mußte weg.

In diesen Tagen waren die Zeitungen voll vom Reichstagsbrandprozeß. Da wurde es Renate zur fixen Idee: die Pfarre mußte brennen. Eine dunkle Nacht abwarten — Benzin an alle Ecken — im Parterre lag der Amtsraum mit dem Kirchenbuch — Benzin durchs Fenster gießen — im Nu war alles weg...

Aber vorher mußte sie noch einmal zurück in den Wohnort, das Geld ging ihr aus, und man hatte sie hier in der alten Heimat zu lange gesehen. Unbeschadet nachts eine Station vorher aussteigen... so mußte sie wieder hierher gelangen und ans Werk gehen...

Sie reiste zu ihrer Tochter und das war ihr Glück. Denn dort erfuhr sie, daß vor einigen Tagen ein Verwandter gestorben sei: ihr Cousin. Grippe. Einer jener heftigen Fälle, die in drei Tagen mit dem Tode ausgehen. Die Tochter konnte das nervös-beitere Gesicht der Mutter nicht verstehen, und sie konnte es ihr nicht erklären. So wigig ist das Leben im „dritten Reich“, nicht wahr, mein Lieber?!

Und dann kam sie zu mir. Wir kannten uns von Kindheit her. Sie kam, weil sie mit der Sache nicht fertig wurde. Es bleibt eine meiner schwierigsten Beratungen, und eigentlich war der Arzt zuständig, denn manches klang schon wie Verfolgungswahn. Eine längere Erholungsreise ins Ausland — das war der vorläufige Schluß.

Der Amtsrichter aber gehört zu den führenden Rassejuristen seines Nestes. Käme ein Falscheid in Sachen Arierparagraph vor seinen Tisch — der Mann würde unabsichtlich richten. Denn Ordnung im Stammbaum muß sein und Rasse bleibt Rasse. Urahn bleibt Urahn. Mit Juden will er nichts zu tun haben. Und da er zu den Dunklen gehört, ist er um so stolzer auf das blonde, unverkennbare Ariertum seiner Frau. Deshalb hat er sie ja geheiratet, nicht wahr?!

Hüben und drüben

„Die Magnolienstraße“ von Louis Golding (*)

Englische Provinzstadt nicht weit von London: Das Schicksal einer Straße vor dem Krieg, im Krieg und 1930. Aber was für eine Straße! Auf einer Seite wohnen im dichten Beieinander die Christen, auf der andern die Juden. Die christliche Straßenseite hat ihren Mittelpunkt in der Wirtschaft, die „jüdische Seite“ jedoch trifft sich im Spezereiladen einer Krämerin, deren Vorfahren noch „weit hinter dem Dnjepr“ Urvätergebete lasen.

Leise spinnen sich die ersten Fäden. Mit einer Liebesgeschichte des Seefahrers und der schwarzäugigen Rose aus dem Bonbonlädchen fängt es an. Es geht ein Raunen und Flüstern hinüber und herüber, noch sieht die alte jüdische Mutter auf dem Trauerschemel, als ihr Sohn die dralle Frau von gegenüber heiratet.

Aber der Krieg ist die große Mühle, die die Straße durch das gemeinsame Schicksal ihrer Brüder und Söhne mahlt. 1930 wird zur Apotheose jahrzehntelangen Beieinanders: der Sohn eines Rabbi ist Weltmeister im Boxen geworden. Er gibt der Magnolienstraße ein Fest. Die beiden Straßenseiten sind durcheinander geraten, viele sind gestorben, verdorben, gefallen, ausgewandert. Die, die noch da sind, die Herbeileben, ob sie inzwischen in Squares von Westend oder Herzogschlossern zu Hause sind, sie werden zu einer einzigen großen Familie.

Am nachdenklichsten haften unsere Gedanken bei dem

*) Verlag Europäischer Merkur, Paris.

alten Emanuel, dem ewigen Idealisten, dem gläubigen Menschen, der „alle Rassen und Völker in der Morgendämmerung eines schöneren Tages auf dem Weg der allumfassenden Nächstenliebe dahinschreiten sehen will“.

Keine Angelegenheit ernster Literatur? Es ist mehr als das: ein Mensch erzählt Menschenschicksale an Menschen, die über dem geschriebenen Wort noch nicht Lachen und Weinen verlernt haben. Alle die Großen und Kleinen in Schwächen und Ueberlegenheiten wachsen in unser Erlebnis hinein, werden Menschen, die wir meinen seit Jahr und Tag, vielleicht in einem anderen Leben vor hundert und mehr Jahren gekannt zu haben. Trotzdem sind sie „englisch“, den Nöten des Kontinents entrückt und gegen ihren Willen mit ihnen beladen. Die Menschheits-Sehnsucht liegt über den Juden der Magnolienstraße. Denn dieses Buch, das mit behutsamer Hand und schlichtester Einfühlung an die Kulturschande unseres Jahrhunderts, an das Rassenproblem rührt, versucht die Lösung aus der Feder eines Juden im wahrhaft christlichen Sinn. Was ist das Christentum anders als Menschlichkeit? Was ist das Ringen aller Religionen, deren Gläubige in Aufruhr geraten sind, anders als das ewige Gottsuchen, das die Evangelien des Jesus von Nazareth mit den Worten der Propheten des alten Testaments übernehmen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Die „Magnolienstraße“ ist am Ende der Wundertraum einer Dichtung. e. w.

Der große Gedanke

Das Armeemuseum

Das Hauptorgan der NSDAP. Gau Baden, „Der Führer“, schreibt in einem Artikel, der fast eine ganze Seite einnimmt: „Der große Gedanke des Reichstatthalters beginnt Wirklichkeit zu werden.“ Welcher Gedanke? Die Schaffung eines Armeemuseums. „Reichstatthalter Robert Wagner hat im Herbst vergangenen Jahres die Anregung gegeben zu diesem badischen Armeemuseum und hat in einem Aufruf die Bevölkerung aufgefordert, mit beizutragen, daß in diesem Museum eine lückenlose Darstellung all dessen möglich wird, was badisches Soldatentum im Laufe vieler Jahrhunderte auf allen Schlachtfeldern der Erde vollbracht hat.“ Die „feierliche Eröffnung“ ist für den 13. Mai vorgesehen. „In der Haupthalle wird in der Mitte die Geschichte des großherzoglichen Hauses und der badischen Generalität ihre lebendige Darstellung erleben, auf der einen Seite wird

Badens Militärgeschichte von 1771—1849, auf der anderen Seite von 1849—1913 dargestellt.

„Lebensgroße Puppen in den Uniformen der Leibgrenadiere und der Leibdragoner zieren eine Ecke, Pauken der Grenadiere, die prachtvollen Keesselpauken der Leibdragoner, Uniformen alter badischer Garde du Corps. In einer großen Vitrine sehen wir die Sammlung der badischen Orden vom Zähringer Löwen und dem Orden der Treue bis zu den Tapferkeits- und Verdienstmedaillen der verschiedenen Kriege... haben doch badische Truppen in allen Teilen des Kontinents gekämpft.“ Und zwar: „unter den verschiedensten Fahnen“. Nur ein Schatten liegt über dem „großen Gedanken“ des Reichstatthalters: „Zu dem Orden der Treue fehlt leider heute noch die Kette, die bisher noch nirgends zu finden war“. Trotzdem ist hier — mit einer riesigen Sammlung von Helmen, Säbeln, Degen, Lanzen bis zu den Seitengewehren des 70er-Krieges — „in stiller unermüdlicher Arbeit ein Museum im Werden, das in ganz Deutschland einzigartig dasteht“.

Aus dem neudeutschen Iccenhaus

O Vaterland, dein Heil- und Führerfimmel,
Dein Broi von Dummheit, Rassenquatsch und Bluff,
Gemischt mit echtem, altem Spießermuff,
Kurzum, dein „drittes Reich“, es stinkt zum Himmel.

Des Deutschen Hirn ist hoffnungslos verkleistert:
Er lebt und stirbt noch im Paradeschritt,
Und jeder kleine Bürger grölt begeistert,
Wenn ihm ein Nazi in den Hintern tritt.

Die deutschen Frauen weinen Freudentränen
Auf jede Lebensmitteltenerung
Zwecks arisch-völkischer Erneuerung. —
Bei Brüning rasten sie noch wie Hyänen.

Wer einst von Frieden nur zu lispeln wagte,
Der wurde als Verräter fast gekillt,
Indes der Jubel heut' zum Sturm anschwillt,
Wenn Hitler sagt, was Stresemann schon sagte.

Die Jugend aber kann es kaum erwarten,
Daß sie der Osa! auf die Schlachtbank führt,
Derart ist sie vom Massengrab gerührt
Und von den künft'gen Invalidenkarten.

Man konstatiert mit Betroffenheit:
Allgemeine Besoffenheit!

Horatio

Sparsamer gratulieren

Der Lebensabschnitt, der „sich darstellt“

Der Stellvertreter des Führers übergibt den nationalsozialistischen Gauleitungen folgende Erklärung: „Im Hinblick auf die große Zahl verdienter Nationalsozialisten, führender Männer des Staates und bedeutender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, deren ich anlässlich von Geburtstagen entsprechend gedenken müßte, ist es mir nicht möglich, offiziell meine an sich selbstverständlichen Glückwünsche regelmäßig telegrafisch oder schriftlich zum Ausdruck zu bringen. Um daraus sich etwa ergebenden falschen Auffassungen vorzubeugen, gebe ich daher bekannt, daß ich Geburtstagswünsche grundsätzlich nur dann übermittle, wenn in dem Geburtstag ein wesentlicher Lebensabschnitt sich darstellt. Ich bitte allerseits, mir gegenüber nach dem gleichen Grundsatz zu verfahren.“

Also Rudolf Heß. In jedem Betracht ein Stellvertreter. Sogar im Respekt vor der deutschen Sprache. Wer zu schreiben wagt: „Wenn in dem Geburtstag ein wesentlicher Lebensabschnitt sich darstellt“... der muß Hitlers „Mein Kampf“ mit besonders großem Erfolg gelesen haben.

Frau Horschke

Von einer Frauenversammlung in Zittau berichtet die dortige „Morgenzeitung“: „Dann nahm die Kreisrednerin Frau M. Horschke, Reichenau, Stellung zu den wichtigsten Fragen, die eine deutsche Mutter, eine deutsche Frau und ein deutsches Mädchen heute bewegen. Sie betonte dabei insbesondere, daß die Familie heute wieder die Keimzelle des deutschen Staates und Volkes geworden und wieder in ihre ältesten Rechte eingesetzt ist. Obwohl aber der Nationalsozialismus die deutsche Frau ganz der Familie wieder zurückgeben will, werde sie sich — wenigstens für die nächste Zeit — noch nicht völlig aus dem öffentlichen Leben zurückziehen dürfen. Erst wenn der Kampf einmal bis zum endgültigen Sieg durchgerungen sein wird, dann werde sich die deutsche Frau wieder allein ihrer gottgewollten Bestimmung widmen dürfen.“

Die schändlichen Marxisten hatten dekretiert, daß die Frau ein dem Manne gleichberechtigtes Wesen sein solle, und hatten ihr auch das Wahlrecht gegeben. Von dem Wahlrecht wollten diese „deutschen“ Frauen ferner nur noch Gebrauch machen, es wieder abzuschaffen, und zu ihrer „gottgewollten Bestimmung“ zurückzukehren: Gänse zu sein und zu bleiben.

Berlin!

In einer Statistik über die Uraufführungen in den ersten vier Monaten dieser Spielzeit werden im deutschen Sprachgebiet 195 Werke gezählt; davon fallen auf Deutschland 168 Uraufführungen, von denen in Berlin nur 13 heraussamen. Da von diesen 13 auch noch 8 Werke der Operette gehören, so kann man ermessen, wie bedeutungslos die Theaterstadt Berlin für die dramaturgische Seite des deutschen Bühnenlebens nachgerade geworden ist.

„Preußische Jahrbücher“, Berlin, Februar 1934.

Zeit-Notizen

Jährlich nur 75 Medizinstudentinnen

Die Zahl der zum Medizinstudium zugelassenen Frauen ist auf jährlich 75 beschränkt worden. Die offizielle Aerztezeitung schreibt dazu: „Ein weiblicher Arzt ist ein doppelgeschlechtliches Wesen, das der natürliche und gesunde Volksinstinkt ablehnen muß.“

Husserl

Berufung: Der Philosoph Prof. E. Husserl hat einen Ruf an die University of Southern California, Los Angeles, erhalten.

400 000 Druckschriften beschlagnahmt

Seit Inkrafttreten des „Gesetzes zum Schutze des Deutschen Volkes“ sind in Leipzig beschlagnahmt worden: rund 60 000 Bücher, 85 000 Zeitschriften, 250 000 Broschüren, 1600 Bilder, 500 fotografische Platten und zwei Filme. In der „Deutschen Bücherei“ ist ein besonderer Raum eingerichtet worden, in dem je ein Exemplar der beschlagnahmten Literaturerzeugnisse, auch der Geheimschriften, untergebracht wird. Dieser Raum steht unter Verschluss, ist für das Publikum nicht zugänglich und wird nur für sogenannte wissenschaftliche Arbeiten freigegeben.

Faschismus in Großbritannien

Von Leopold Franz-London

Welchen Einfluss die faschistische Bewegung in England hat, ist außerordentlich schwer zu entscheiden. Daß sie aber auch in England eine gewisse Gefahr bedeutet, kann nicht bezweifelt werden, und es wäre töricht, wollte man diese Bewegung nur als eine mehr oder minder lächerliche Nachahmung italienischer Formen und Ideen betrachten.

Von den vier bestehenden faschistischen Organisationen sind drei völlig einflusslos: die British Fascist Ltd. (1), die National Fascist und die Imperial Fascist League. Die erste dieser Gruppen ist mehr oder weniger als Hilfsorganisation der Konservativen zu bezeichnen, ihr Programm ist eine Mischung von Antisemitismus und britischem Imperialismus. Die zweite Gruppe hat sich aufgelöst, die dritte — nur 500 Mitglieder stark — ist mehr oder weniger eine Privatangelegenheit eines Herrn Leese, der alle Juden nach Madagaskar senden möchte.

I.

Von Bedeutung allein ist die „British Union of Fascists“, geführt von Sir Oswald Mosley. Mosley, wie er von seinen antisemitischen Konkurrenten genannt wird, weil seine Organisation offiziell nicht jüdenfeindlich ist, Mosley, reich, begabt, glänzender Redner, Kriegsteilnehmer, sechster Baronett, verheiratet mit der verstorbenen Lady Cynthia, Tochter des Marquis Curzon, früher Vizekönig von Indien, mit 22 Jahren konservativer Abgeordneter, trennte sich von seiner Partei und kandidierte 1923 als Unabhängiger — und behielt seinen Sitz, schloß sich aber bald im Unterhaus der Labour Party an. Im zweiten Macdonald-Kabinett wurde er, erst 33 Jahre alt, Minister ohne Portefeuille und unter J. S. Thomas (jetzt Dominion-Minister) beauftragt, sich besonders dem Arbeitslosenproblem zu widmen.

Nun steht aber bald der Konflikt eines intelligenten, reichen, ungeduldrigen jungen Intellektuellen mit befehlerten bedächtigen Partei- und Gewerkschaftsführern ein, der schließlich zur Trennung Mosleys von der Labour Party führte. Sein Arbeitslosenproblem — öffentliche Arbeiten, Pensionierung alter Arbeitnehmer — niedergelegt im Mosley-Memorandum — fand nicht die Billigung von J. S. Thomas, der, pochend auf sein Alter und seine „Erfahrung“, es lächerlich machte. So trat Mosley 1930 von seinem Ministerposten zurück und veröffentlichte, gemeinsam mit Aneurin Bevan, Oliver Baldwin, J. K. Harrigan, A. J. Cook und anderen ein Wirtschaftsprogramm, in dem im wesentlichen planwirtschaftliche Ideen vertreten werden und das als Basis für die Gründung einer neuen Partei diente. Aber die Labourführer, die sein Manifest unterzeichnet hatten, schlossen sich der neuen Partei nicht an. In den 1931er-Wahlen verloren schließlich alle Mosley-Anhänger ebenso wie er selbst ihre Parlamentssitze. Diese Niederlage ist — wie John Strachey, einst sein Sekretär, nun zwischen Kommunismus und Sozialismus stehend, geschrieben hat, „die Geburtsstätte der British Union of Fascists“.

Wie stark die Organisation ist, ist schwer zu schätzen. Sie soll an 500 000 Mitglieder haben. Sie verfügt über ein Schutzkorps, hat Panzerautos, um die Mitglieder vor kommunistischen Überfällen zu schützen, die Mitglieder tragen schwarze Hemden und das faschistische Rotenbündel mit Weil und ihr Programm ist das des „Korporativstaates“ mit allen dazugehörigen Schlagworten. Offiziell ist die Partei nicht antisemitisch. Aber ihr Hauptquartier in Chelsea ist mit Plakaten besetzt, wie „Sollen die Juden Britannien in den Krieg treiben?“ „Juden nimmt sie als Mitglieder nicht auf, neuerdings wird auch der jüdische Einfluss in der City bekämpft.“

II.

Die Diskussion über die faschistische Bewegung ist neuerdings ins Rollen gebracht worden dadurch, daß Lord Rothermere, einer der beiden Zeitungs Lords, persönlich in der „Daily Mail“ für Mosleys Bewegung eintrat

„Auch die Times?“

Ein Auslandsdeutscher aus Paris entrüstet sich in Nummer 51 der „Deutschen Freiheit“ über den Berliner Berichterstatter der „Times“. Dieser Auslandsdeutsche, schreibt man uns, versteht entweder kein Englisch oder ihm ist Ironie ein unbekannter Begriff. Jedenfalls war dieser Angriff auf die „Times“ so verfehlt, daß jeder, der den in Frage kommenden höflichen Artikel nicht nur gelesen, sondern auch verstanden hat, nur den Kopf schütteln kann.

Der von dem Schreiber herausgeriffene Satz „Es war unmöglich, nach dieser Unterhaltung (mit einem Nazihäuptling) nicht einen Vergleich zu ziehen zwischen diesen elegant uniformierten disziplinierten Männern, die nicht verhindert werden können, im gegebenen Augenblick nach Oesterreich zurückzuströmen, und den heruntergekommene Emigranten vom Montparnasse“,

klingt allerdings unerfreulich — freilich ist er zum Teil ungenau überfetzt (vor allem das Wort heruntergekommene ist falsch, es muß verelendet heißen). Aber das Entscheidende liegt ganz woanders. Der „Times“-Korrespondent hatte mit einem Nazihäuptling gesprochen, der alle gewalttätigen Absichten gegen Oesterreich abstellt. Als der „Times“-Korrespondent dann von der österreichischen Legion sprach, erwiderte der Nazihäuptling, daß das nur Emigranten seien, die natürlich nicht verhindert werden könnten, im gegebenen Augenblick nach Oesterreich zurückzuströmen, genau so wie die deutschen Emigranten in Paris nicht verhindert werden könnten, bei einem Umsturz in Deutschland zurückzuströmen. Rothermere gerät der „Times“-Korrespondent zufällig in einen Raum im Naziparteigebäude, wo die österreichischen „Emigranten“ sich aufhalten, gedrillt, gut gekleidet, gut verpflegt. Und dann folgt der zitierte Satz, der nichts anderes bezweckt, als das Lügengebäude der Nazipropaganda von den „österreichischen Emigranten“ niederzureißen. Es sind keine Emigranten, sondern Soldner der deutschen Regierung. Wer hier die Ironie nicht verstehen kann, der soll die Finger vom Zeitungsschreiben lassen.

und dann zum Eintritt in die Organisation aufforderte. Welche Motive Rothermere zu diesem Schritt veranlaßten, ist unbekannt. Vielleicht, daß sein Blatt in der Aufstiegszahl von der ersten Stelle an die dritte rückte, und daß der sozialistische „Daily Herald“ mit 2 030 000 Lesern führend geworden ist. Ob Rothermeres Unterstützung wirklich Hilfe bedeutet, ist mehr als zweifelhaft. Denn Rothermere wird politisch keinesfalls ernst genommen. Sein Konkurrent, Lord Beaverbrook, hat nunmehr offiziell gegen Mosleys Stellung genommen, womit nicht gesagt sein soll, daß Beaverbrook nicht Faschist ist. Er ist es, und er ist gefährlicher.

Die Bedingungen für einen faschistischen Sieg sind: ein Mittelstand, der pauperisiert ist oder in Gefahr, es zu werden. Eine ständige Armee — vor allem Gefährliche — Arbeitslosen. Das Versagen eines Labour-Kabinetts und Anhalten oder Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Der englische Mittelstand ist gesund, wohlhabend. Aber er wird neuerdings in eine Gefangenschaft zu den Konsumgenossenschaften hineingetrieben, insbesondere durch die Beaverbrookblätter. Die Konsumgenossenschaften mit 6 760 000 Mitgliedern, 80 000 000 Umsatz, 42 000 eigenen Arbeitern stellen eine außerordentliche ökonomische Macht dar. Sie haben sich die Belieferung einer erheblichen Zahl öffentlicher Betriebe zu sichern gewußt und sich dadurch und aufgestachelt durch die Beaverbrook-Propaganda den Haß der Ladeneinhaber zugezogen.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen ist zwar zurückgegangen (z. Z. etwa 2 300 000), aber immer noch beträchtlich, und nach neuesten Meldungen finden immer weniger Schulentlassene und andere Jugendliche Arbeit. Hier aber ist das Reservoir der Faschisten, aus dem sie mit größerem Erfolg als die Labour Party schöpfen.

Die Labour Party selbst befindet sich, wie die Erfahrung zeigt, im Aufschwung. Sie beginnt sich von der Niederlage 1931 zu erholen. Aber — nur 60 bis 65 Prozent der Wähler beteiligen sich an den Wahlen. Was ist der Rest, wenn wird es gelingen, im entscheidenden Augenblick die Nichtwähler zu erfassen? Wird Labour, wenn sie zur Macht gelangen sollte, das Schicksal der deutschen Partei teilen? Wird die Labour-Bewegung Führer herausstellen, die die Massen mitreißen? Das sind die bedrückenden Fragen, die später beantwortet werden sollen, von denen zu einem guten Teil der Sieg des englischen Faschismus abhängt.

Englands Industrie ist zweifellos technisch rückständig. Werden die wirtschaftlichen Bedingungen schlechter, muß die englische Industrie mehr als bisher den Kampf um die Weltmärkte aufnehmen, so braucht sie dazu voll und ganz die Hilfe des Staates. Keine parlamentarische Regierung wird ihr diese Intervention in dem Umfang gewähren können, weil ein solcher Einbruch des Staates für die Industrie (wenn er auch teilweise heute schon von der nationalen Regierung erfolgt) unpopulär wäre. Dann aber wird die Industrie sich voll und ganz der faschistischen Bewegung bedienen, um, markiert durch die Idee des Korporativstaates, den Staat ausschließlich für ihre Zwecke nutzbar zu machen und die parlamentarische Demokratie zu beseitigen.

Eine Statistik der „Times“

Die „Times“ veröffentlicht folgende Angaben über den Umfang der faschistischen Organisationen:

Mosleys Schwarzhemden	17 000
Sonstige Schwarzhemden	1 000
Faschistische Grauhemden	1 500
Faschistische Blauhemden	1 000
Douglas Grauhemden	8 000
Unabhängige Arbeiter (B.B.) Rothemden	10 000
Kommunistische Rothemden	1 000
Zusammen	34 500

Welterschütternd sind also diese Zahlen nicht. Sie sind nicht einmal erschütternd für die 45 Millionen englischer Einwohner.

Zur Geschichte des Nationalsozialismus

Bücher Konrad Heidens in französischer und englischer Ausgabe

Die beiden großen Bücher über den Nationalsozialismus von Konrad Heiden, „Geschichte des Nationalsozialismus“ und „Geburt des dritten Reiches“ sind jetzt, in einem vierhundert Seiten starken Bande vereinigt, auf französisch erschienen (Éditions Stock, Paris). Das Buch, zu dem Julien Benda ein glänzendes Vorwort geschrieben hat, trägt den Titel „Histoire du National-Socialisme“. Es verfolgt, ebenso wie die deutsche Ausgabe, die Entwicklung des nationalsozialistischen Regimes auf allen Gebieten des politischen Lebens und durch die Verzweigungen seiner Ideologie bis Ende 1933. Eine englische Ausgabe wird bei Methuen u. Co. in London vorbereitet; sie wird voraussichtlich im Mai herauskommen.

21 Frauen ermordet

(Jurek.) Die Leitung der illegalen Roten Hilfe Deutschlands hat eine Liste aufgestellt, nach der allein im ersten Halbjahr 1933 21 Frauen von den Nazis ermordet worden sind.

Kind erschossen

(Jurek.) Auf die Frau des Kommunisten Böhm in Schwerte wurde von Nazis geschossen. Dabei wurde das einjährige Kind, das die Frau auf dem Arm trug, getötet.

Frau Steinfurth noch in Haft

(Jurek.) Die Frau des „auf der Flucht“ ermordeten kommunistischen Funktionärs Erich Steinfurth, die vor der Verhaftung ihres Mannes als Geisel festgenommen wurde, ist immer noch nicht entlassen worden.

Seid umschlungen, Kannibalen!

Die Japaner aufzunorden, sie als blaugüige Krieger zu deklarieren, ist dem offiziellen Deutschland trotz anstrengendster Bemühungen nicht recht geglückt. Indes die höchsten Reichsstellen bereits eifrig mit den gelbbärtigen Söhnen des Himmels packen, verleiht sich das gemeine Volk auf die Ansicht, der Japaner müsse milderer Rasse sein, sofern die These vom auserwählten arischen Volke überhaupt einen Sinn haben soll. — Nun gibt es aber noch eine Menge anderer Richter auf der Welt, von denen niemand weiß, wie Deutschland sie eines Tages brauchen kann. Und wenn der blonde Hochmut weiter anschwilt, so wird er den deutschen Diplomaten ihre ganze Tour vermasseln. Also heißt es vorbeugen.

Und vorzubeugen hat sich der V.V.C. entschlossen. Der V.V.C. ist ein Bund völkischer Europäer. (Daß er außerhalb der deutschen Grenzen in weiten Kreisen unbekannt ist, spricht nicht gegen ihn, sondern gegen die einseitige Welt.) Das Sprachrohr des V.V.C. ist der „Reichswart“ des Grafen Klenow. In einer seiner Februarnummern (nicht in der Reichsanzeige) wendet er sich mit treuerbärtiger Augenanschlag an alle auf nichteuropäischen — farbigen der Welt, bietet ihnen die Bruderhand und fordert sie auf — mit Deutschland gegen die Juden zu kämpfen, denn die Juden seien die Gegen-raise aller arischen und nicht arischen Rassen.

„In Deutschland wird seit 1933 das Wort „nichtarisch“ gebraucht, und zwar für Juden, Halbjuden, Judenvermischte und -Mischlinge, wie Kaffer, das sind die mit Jüdinnen (Rassen) verheirateten Krieger — und deren Nachwuchs die Jüdigen; und wie Tatteln, das sind mit Juden (Taten) verheiratete Kriegerinnen — und deren Nachwuchs (die Jüdinne).“

Es wird vorgeschlagen, das Wort „nichtarisch“ aus der Aufnahmeerklärung des V.V.C. zu streichen, um Weiße, Schwarze und Rote nicht ungerechtmäßig zu beleidigen. Auch das Wort „Antisemitismus“ sei fürder zu vermeiden, denn der Jude gehöre keinem semitischen Stamm an, er sei „etwas für sich“, er habe sich seit mehreren tausend Jahren

zu einer parasitären Entartungsform innerhalb des menschlichen Typus veredelt.

Wenn nun Judenkenner oder -gegner sich „Antisemiten“ nennen, so ist diese Bezeichnung ein höchst mangelhaftes Geschwätz mit zu großer Strenge, das, auf den Juden gerichtet, nur Aufschrei gibt, und die dabei unbedachtigt mit ungelerten Arabern, Afrikanern, Syrern und anderen semitischen Völkernschaften schwer verprellt.

Alle „nichtarischen“, farbigen Massen sind Veldenggefährten der Arier, weil sich der Jude auf sie mit derselben Pust- und Beutegier wie auf uns stürzt. Mit ihnen im Schicksal verbunden, müssen wir zur eigenen Sicherheit auch um ihre Mitwirkung im Kampf bemüht sein.

Wir dürfen uns auf keinen Fall selber schwächen, indem wir den Kampf auf Leute ausdehnen, die, am Juden gemessen, nur „halb so schlimm“ sind; wir dürfen nicht vom Juden die Aufmerksamkeit ablenken, indem wir sie teilen; es müssen vielmehr genau ihn die Nichtjuden jeder Rasse und Farbe zusammenschließen, denn vorm Juden und vor Jehova sind alle Menschen und Rassen gleich. Der Afrikaner ist so gut sein Oplek wie der Schwede, Russe, Deutsche, Amerikaner, Kanadier, Chinese usw.

Es kann demnach nicht dringend genug davon abgeraten werden, neben dem Judentum irgendeine andersfarbige Rasse anzuwerfen.

Wenn die Affen sich verpöhlen wollen, den Andern für nun und alle Zeiten zu verachten, so steht ihrer Aufnahme in den V.V.C. und in die deutsche Volksgemeinschaft nichts mehr im Wege!

Die Auslieferung der Jungsozialisten

Ein Verstoß

gegen die Grundsätze der holländischen Polizei

Vor einigen Tagen hat die lokale Polizei des holländischen Ortes Vaeren drei junge deutsche Sozialisten über die deutsche Grenze abgehoben. Die Jungsozialisten hatten sich an einer internationalen Jugendkonferenz in Holland beteiligt. Sie gehörten, wie festgestellt wird, weder der 2. noch der 3. Internationale an. Ueber diese Auslieferung von politischen Gegnern an die nationalsozialistische Polizei ist in Holland und außerhalb begriffliche Erregung entstanden. So hat die unabhängige Arbeiterpartei in England in einer scharfen Resolution gegen diese Auslieferung protestiert. Der Polizeipräsident von Amsterdam hat nun, wie jetzt der „Manchester Guardian“ mitteilt, in einem Interview vor der Auslieferung erklärt, daß eine Auslieferung an die Nazis nicht beabsichtigt sei. Er sagte nach dem genannten Blatt: „Wenn sie es nicht wünschen, werden sie nicht über die deutsche Grenze abgehoben werden. Der Abschnitt des Polizeigesetzes, der sich mit den Ausländern befaßt, macht es der Polizei nicht zur Aufgabe, die betreffenden Personen in Schwierigkeiten zu bringen.“

Der Bürgermeister von Vaeren, der anscheinend auf Grund seiner polizeilichen Befugnisse gehandelt hat, erklärt, die ausgelieferten Deutschen seien keine Flüchtlinge gewesen, sondern in Deutschland ansässige Leute, deren Papiere indessen nicht in Ordnung gewesen seien. Von anderer Seite wird diese letzte Behauptung bestritten.

Studentenunruhen in Polen

Um den Arierparagrafen

Warschau, 6. März. An der hiesigen Universität veranstalteten nationalsozialistische Studenten Kundgebungen gegen die Registrierung gegen die jüdischen Studenten und gegen den Rektor der Universität. Jüdische Studenten wurden von den nationalsozialistischen Studenten aus den Hörsälen vertrieben und verprügelt. Die Lage wurde schließlich so bedrohlich, daß der Rektor die Polizei zu Hilfe rief. 32 nationalsozialistische Studenten wurden verhaftet, 18 sind im Verlauf der Unruhen mehr oder minder schwer verletzt worden.

Die Unruhen haben folgende Vorgeschichte: Vor einiger Zeit hatte die studentische Selbsthilfe-Organisation beschlossen, den Arierparagrafen in ihre Satzung aufzunehmen. Der Arierparagraf war schon vor einigen Wochen von mehreren polnischen Universitäten, darunter auch von der Warschauer, bestätigt worden. Auf Druck der Regierung hin hat aber vor wenigen Tagen der Senat der Warschauer Universität seine Zustimmung zu der Aufnahme des Arierparagrafen in die Satzung der Studenten-Selbsthilfe-Organisation zurückgezogen. Gegen diesen Beschluß des Senats und des Rektors richteten sich die Kundgebungen.

Da auch andere Universitäten auf die Vorstellungen der Regierung hin ihre Zustimmung zu dem Arierparagrafen ebenfalls zurückziehen dürften, können auch die Unruhen auf andere Universitäten übergreifen.

Pariser Straßenkalender

Das „Ungeheuer von Cherbourg“, der von uns beschriebene Fisch aus der Familie der Haie, ist in Paris im Jardin des Plantes eingetroffen, wo das Skelett untersucht wird.

Als Nachfolger Painlevés wurde der schwerkriegsbeschädigte Professor Julia, dem die Nase weggeschossen wurde und der an ihrer Stelle eine schwarze Binde trägt, in die Akademie gewählt. Der neue Akademiker war an zweiter Stelle präsentiert worden, wurde aber mit 32 gegen 21 Stimmen unter die „Kuppel“ berufen. Professor Julia ist Lehrer der Differentialrechnung und Integralrechnung und erst 41 Jahre alt.

Die Mistinguett wurde zum zweiten Male als Zeugin im Falle der Ermordung des Revuetheaterbesizers Dufrenoy vernommen.

Die Erschießung eines Bankiers in der rue Cligny namens Lignac durch einen Kunden namens Dendrevé, der sich von ihm bedrückt fühlte, erregt stark die Öffentlichkeit.

Ein Kongreß der vormaligen politischen französischen Gefangenen, die während des Krieges in deutscher Haft waren, trat in Lille zusammen. Den Vorsitz führte den Senator d'Hauburdin, der mitteilte, daß mehrere von der deutschen Besatzungsbehörde zum Tode Verurteilte bis jetzt noch nicht die französische Kriegsmedaille erhalten hätten.

Ein Gärtner in Nanteuil-le-Haudouin erschien vor den Geschworenen wegen elf Ueberfällen und Sittlichkeitsverbrechen auf junge Mädchen und Frauen während der Jahre 1932 und 1933. Bei einem Ueberfall auf eine junge Polin, die in Ormoy-Villers nach Hause ging, wurde er verhaftet. Der Mann wurde den Opfern vorgeführt und zeigte keine Reue. Er erhielt neun Jahre Zuchthaus.

Morgen abend, Samstag, den 10. März, um 21 Uhr, veranstaltet der nichtgleichgeschaltete Pariser Deutsche Klub ein geselliges Beisammensein in der Université du Parthénon, 64, Rue du Rocher, Paris 8^e (am Bahnhof St. Lazare). Frau Mihi Bera singt heitere Lieder und lustige Chansons. Gäste gerne willkommen. Eintritt 5 Franken (für Stellunglose 2 Franken).

Aufhebung der Einheitspreisgeschäfte

Der Kampf um die Einheitspreisgeschäfte in Frankreich, der seit einiger Zeit heftig geführt wird (und von einer gewissen Presse mit antisemitischen und teils gegen die deutschen Emigranten gerichteten Bemerkungen begleitet wird) hat zu einem interessanten Beschluß geführt. Die Kammer hat, weit über den Entwurf hinausgehend, der u. a. eine Sondersteuer von 1 bis 6 Prozent auf den Umsatz einführen wollte, einen Gegenentwurf angenommen, der die Einheitspreisgeschäfte völlig verbietet. Und zwar erfolgte dieser Beschluß einstimmig, mit 588 gegen 2 Stimmen.

Die „Prixunics“ haben sich nach diesem Beschlusse innerhalb drei Monaten die gewöhnliche Warenhäuser umzuwandeln. Neue „Prixunics“ dürfen nicht mehr errichtet werden, auch keine neuen Filialen oder sonstigen Vergrößerungen. Der Beschluß der Abgeordneten geht nunmehr an den Senat. Es ist sehr ungewiß, was in dieser Frage geschehen wird.

Citroen unter Bankenaufsicht

Die offizielle Mitteilung, daß eine Reihe von Banken und ähnlichen Unternehmungen mit Hilfe der Bank von Frankreich die Stützung der großen Autofabrik Citroen übernommen haben, ist ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Weltkrise auch nach Frankreich fortschreitet. Trotz großem Auftragsbestand und an sich sehr günstigem Abschluß hat das gewaltige Motorenhaus an der Seine, das riesige Neueinrichtungen geschaffen hat, es nicht verstanden, mit den Gesetzen der schwierigen Wirtschaftslage von heute Schritt zu halten. Das nähere über diesen Fall des Hochkapitalismus in einem Gründerreiche werden wohl die Nationalökonomien sagen. Der Beobachter entsinnt sich des großen Streikes, der im Vorjahre in dem Hause geführt wurde, und des gewaltigen Festessens für Tausende von Personen, das der König des Reiches André Citroen vor einiger Zeit in den neuen Hallen wie ein zweiter Renaissancefürst gab.

Kleine Geschichten

Das verlorene Goldstück

Baron James de Rothschild spielte eines Abends Escarté mit Tassenrand und mehreren anderen Herren.

Beim Bezahlen ließ Rothschild ein Goldstück zu Boden fallen.

Er begann zu suchen. Er blickte auf den Teppich, unter die Stühle...

Da zog Tassenrand eine 500-Franken-Note aus der Tasche, faltete sie in der Länge zusammen, gähnete sie an der Kante als Kibidnäs an, und sagte höflich:

„Darf ich Ihnen leuchten?“

Mit vorzüglicher Hochachtung

Professor Promethke war seinerzeit ein berühmter Spezialist für Haarfragen. Er hand, kann man sagen, im Scheinwerferlicht sämtlicher Glorien des Kontinents.

Aber nicht jeder hat das Geld, persönlich die Reise zum Professor zu machen. Daher ordinierte der Professor zuweilen auch Brieflich.

Eines Tages erhielt er ein Schreiben, dessen Abfender über leichten Haarausfall klagte und genau die Symptome beschrieb.

Professor Promethke verordnete ihm eine Salbe, ermutigte den Patienten und forderte ihn auf, zwecks Kontrollierung der Kur jeden Monat ein Haar einzulenden.

Drei Monate lang trafen die Anvertrauten mit dem Haar pünktlich ein. Am vierten Monat war dem Haar folgendes Bescheidschreiben beigefügt:

Hochachtungsvoller Herr Professor, indem ich dieses Haar übermittle, halte ich es für meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß ich meine Sendungen sämtlich leider einsteilen muß. Es ist das letzte Haar, welches ich auf meinem Kopfe auffinden konnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung
u. u. u.

101	102	103	104
105	106	107	108
109	110	111	112
113	114	115	116
117	118	119	120
121	122	123	124
125	126	127	128
129	130	131	132
133	134	135	136
137	138	139	140
141	142	143	144
145	146	147	148
149	150	151	152
153	154	155	156
157	158	159	160
161	162	163	164
165	166	167	168
169	170	171	172
173	174	175	176
177	178	179	180
181	182	183	184
185	186	187	188
189	190	191	192
193	194	195	196
197	198	199	200

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

Dollfuß als kleineres Uebel

Von Victor Schif

Der Vergleich zwischen dem heldenmütigen Untergang der österreichischen Sozialdemokratie und dem, was man allgemein als das Kampf- und ruhmlose Verschwinden der deutschen Sozialdemokratie zu bezeichnen pflegt, ist nahelegend. Darf man überhaupt bemerken, daß er hinkt? Es ist heute ein undankbares Beginnen, der Auffassung zu widersprechen, daß die Sozialdemokratie die Schuld am Zusammenbruch der Weimarer Republik trüge. Und der tragische Endkampf der österreichischen Schutzbündler, die wenigstens „die Ehre gerettet“ haben, wird jetzt als ein Beweis mehr für die „schmachvolle Kapitulation der SPD“ angeführt.

Kein Wort der Bemunderung wäre übertrieben, um die Größe des historischen Opfers zu preisen, das die österreichischen Arbeiter — oder richtiger gesagt: jene leider nur kleine Minderheit, die gekämpft oder wenigstens gestreift hat — ihrem Freiheitsideal dargebracht haben. Aber es tut bestimmt dem Ruhm dieser Kämpfer keinen Abbruch, wenn man jener Gegenüberstellung: Berlin, 20. Juli 1932 und Wien, 12. Februar 1934 — mag sie noch so nahelegend und „populär“ sein — entschieden widerspricht.

Man braucht nur daran zu erinnern, daß die deutschen Arbeiter überhaupt nicht das Maß von Waffen hatten, mit denen die österreichischen Sozialdemokraten wenigstens zum Teil versehen waren. Qualitativ war die Bewaffnung des Schutzbundes, gemessen an der des Bundesheeres, das über Artillerie, Tanks und Minenwerfer verfügte, allerdings hilflos. Und diese Unterlegenheit hatte nur ausgeglichen werden können durch die andere, ungeheure Waffe des Generalstreiks. Doch ist es inzwischen bekannt geworden, was ein jeder von uns bereits von den Berichten vom ersten Kampftage mit Schrecken vernahm, daß die Streikparole nur von einem geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft befolgt worden ist; und dies in einem Lande, dessen Mitgliederzahl in Partei und Gewerkschaften seit jeder Stauung und Bemunderung in allen anderen Teilen der Internationale erregten, dessen Arbeiterschaft als die bestorganisierte, einheitlichste und disziplinierteste Europas galt.

Wenn man schon unbedingt vergleichen und gegenüberstellen will, und zwar nicht nur um billige Verbammungsurteile gegen die sozialdemokratischen Führer zu fällen, sondern um nützliche Lehren für die Zukunft zu ziehen, dann soll man zunächst bei diesem Punkte verweilen. Die Frage, warum die reichsdeutsche Arbeiterschaft keine Waffen hatte, werde ich nicht scheuen, zu beantworten. Aber der Raum fehlt mir hier dazu, denn ich müßte auf die Ereignisse nach dem November 1918, auf die Spartakusputz in Berlin und München, auf die darauf folgende Entstehung der bayerischen und sonstigen Einwohnerwehren, auf die außenpolitischen Ereignisse (Diktate von Versailles und Spa) und auf viele andere Dinge eingehen.

Aber, so wird man einwenden, am 20. Juli 1932 hatte die preußische Schupo doch Waffen und das Reichsbanner hätte als Hilfspolizei eingesetzt und bemannet werden können!

Ich setze als selbstverständlich voraus und zweifle natürlich nicht daran, daß jeder, der heute so spricht und schreibt, damals nur darauf brannte, auf die Barrikaden zu steigen und in aussichtslosem Kampfe gegen die Koalition Reichswehr-Stahlhelm-SS-SA, die sich automatisch gebildet hätte, zu sterben, nur um die Ehre der Republik zu retten. Daß ein solcher Kampf, bei dem übrigens jeder Schupooffizier und -mann sich von vornherein bewußt für Severing gegen Hindenburg hätte entscheiden müssen, im voraus verloren war, darüber sind sich hoffentlich auch die schärfsten Kritiker der Sozialdemokratie, wenigstens heute — nach Wien — im klaren, wenn sie es vielleicht in der ersten Erregung nach dem 20. Juli 1932 noch nicht zugeben wollten.

Aber der Generalstreik? Ja, glaubt man etwa, daß jene Parole, die nicht einmal in Wien, wo zwei Drittel der Bevölkerung sozialdemokratisch war, befolgt wurde, in Deutschland größeren Erfolg gehabt hätte? Hat man denn ganz vergessen, daß bei den Preußenwahlen im Frühjahr 1932 die Sozialdemokratie nicht ganz 20 Prozent der Stimmen erhielt, etwa die Hälfte dessen, was die Nazis allein erlangten? Die Wahrheit ist, daß die Republik in Preußen bereits vor dem 20. Juli besiegt war, und zwar durch das allgemeine Wahlrecht. Sie führte nur noch ein Schattendasein, gestützt auf gewisse Bestimmungen der preußischen Verfassung und der Geschäftsordnung des preußischen Landtages, die das Weiterbestehen der Regierung Braun-Hirtsfelder als Geschäftskabinet mit einem Mindestmaß von politischer Autorität ermöglichten.

Die Wiener Streikparole verpuffte, weil die Arbeiterschaft durch Krise und Arbeitslosigkeit demoralisiert war. Die Erwerbslosenziffer von 6 bis 7 Millionen in Deutschland war eine Tatsache, die schwerer wiegte als alle etwaigen Generalstreiksbeschlüsse. Ein Vergleich mit dem siegreichen Generalstreik gegen Kapp im März 1920 kommt schon wegen der katastrophalen Durchsetzung gerade der Beamtenschaft von oben bis unten mit Nazis überhaupt nicht in Frage. Das alles gilt für den 20. Juli 1932 ebenso wie für den 30. Januar 1933 (Hitlerernennung) oder für den Morgen nach dem Reichstagsbrand.

In Oesterreich aber, so stand kürzlich in einem Pariser Emigrantenblatt zu lesen, war wenigstens der Wille zum sozialistischen Aufbau spürbar, in Deutschland dagegen nur „sozialer Bürokratismus“.

Kein Wort hier, das als eine Herabsetzung der großartigen Leistungen der roten Gemeinde Wien gedeutet werden könnte. Ich selber habe sie einst besungen und habe nie so stark den Stolz empfunden, Sozialdemokrat zu sein, wie beim Anblick des Mary-Hofes, des Amalienbades, der Sandstein-Siedlung und der frischen, selbstbemühten ungeheuren Massenaufmärsche unter roten Fahnen auf der Ringstraße.

Jene Wiener Arbeiter, die mit dem herrlichen „Freundschafts“-Gruß auf den Lippen starben, sie wußten, wofür sie kämpften, sie waren von Begeisterung und Liebe zu ihrer Partei erfüllt, die so Großartiges für ihre Klasse vollbracht hatte.

Und in Deutschland? Nun, es war, wenn auch unter ganz anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen und finanziellen Methoden, kaum weniger Schönes geleistet worden. Nur konnte man es nicht oder man wollte es nicht kennen und jedenfalls nicht anerkennen. Manch linksstehender reichsdeutscher Journalist, der es als eine angenehme Pflicht empfand, die Wiener Gemeindehäupter und das Amalienbad sich vorführen zu lassen und daheim zu besingen, hätte sich lieber die Hand abhacken lassen als die Leistungen sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in Berlin, Hamburg, Dresden oder Magdeburg zu beschreiben und zu loben.

Das Amalienbad in Favoriten — herrlich, weltbekannt! Das Stadtbad in der Gartenstraße — wo ist das eigentlich? Berlin N, 150 Meter vom Stettiner Bahnhof — na, wenn schon: wird schon wieder so eine Geldverschwendung roter SPD-Bonzen sein. Die Rehberge? Ach, Sie meinen wohl die Sandwüste, wo man als eingezogener Aufskote schießen lernte? Keine zehn Pferde kriegen mich wieder hin — zu trübe Erinnerungen. Wat? Herrlicher Volkspark daraus gemacht? Glaube ich Ihnen aufs Wort, ist mir aber viel zu weit. Strandbad Wannsee? Na ja, is schon allerhand — übrigens ist der Stadtbaurat Wagner aus der SPD. ausgetreten und schreibt für die „Weltbühne“. Sehnsü, leistet einer von denen was, dann hält er es nicht lange beim SPD-Stumpfsinn aus. Neue Untergrundbahnstrecken nach Lichtenberg und Gesundbrunnen? Der Stadtrat Reuter hat'n Vogel, der läßt Bahnen bauen, als ob wir die reichste Stadt der Welt wären. Der sollte lieber eine Zwischenstation zwischen Bittenbergplatz und Zoo einlegen — direkt vor dem Romanischen Cafe. Magdeburger Stadthalle? Bahnsinn — wozu braucht Magdeburg so'n Eisenbau? Der Ober Weims hatte typischen Sozialgroßwahn und hat gerade für Hitler den Versammlungsraum geschaffen, den er dort brauchte.

Schertz beiseite! Ist es nicht so gewesen, daß es bei uns geradezu als Sünde wider den „lebendigen Geist der Kritik“ galt, etwas zu sagen oder zu schreiben, was geeignet gewesen wäre, die Vorurteile im eigenen Volke gegen die sozialdemokratischen Führer zu erschüttern, ihre tatsächlichen Leistungen zu würdigen, Vertrauen und Liebe zu der einzigen republikanischen Massenpartei zu propagieren?

Heute sind es oft gerade dieselben, die jahrelang ihre ganze Kraft — und bei manchen füge ich hinzu: ihr großes schriftstellerisches Talent — daran gesetzt haben, der deutschen Arbeiterklasse ihre Republik zu vererben, und die jetzt die Führer schelten, weil diese es nicht gewagt hätten, die Massen zu einem ebenso mörderischen wie aussichtslosen Barrikadenkampf aufzurufen.

Und nun vernehmen wir aus verschiedenen Organen der Emigration, daß die europäische Linke, insbesondere die Sozialdemokratie, niemals begriffen hätte, was Macht bedeute. Neuerster Beweis für dieses Unvermögen: der rein gefühlsmäßige Bannfluch englischer, französischer, tschechischer Sozialisten gegen Dollfuß. Das sei keine Politik. Dollfuß müsse als letzter Damm gegen Hitler gehalten werden.

Wohlgemerkt: ich diskutiere diese These nicht. Denn die Parole, die Leon Blum im Bagramtsaal unter tosendem Beifall von 8000 Pariser Sozialisten schleuberte: „Ob Hitler oder Heimwehr — der internationale Sozialismus hat keine Wahl zwischen zwei Varianten des Faschismus zu treffen, die Unabhängigkeit Oesterreichs interessiert uns nicht mehr!“, diese Parole vermag mich auch nicht zu befriedigen. Sie stellt auch keine Lösung dar.

Aber ich bemundere die Gemütsstärke jener Realpolitiker, die es fertig bringen, während immer noch neue Schutzbündler an den Galgen gehängt werden, zu verkünden, daß Dollfuß das „kleinere Uebel“ sei und daher gestützt werden müsse, allen Ressentiments zum Trotz, die nur von sozialistischer Unfähigkeit zeugten, die Begriffe „Macht und Gewalt“ zu erfassen.

Ach ja — als wir uns seinerzeit weigerten, die Weimarer Koalition in Preußen bei jeder Lappalie in die Luft zu sprengen, da schaltete es uns entgegen: „SPD-Bonzen, die an Beamten und Gehältern kleben! Schluß mit den Kompromissen! Immer wieder eure Redensart vom „kleineren Uebel“. Es wird einem spießig belohelt.“ Und als man gar Brüning tolerierte, um Hitler den Weg zu verperren, da ging es erst recht hoch. Für die Kommunisten, die ihre Stimmen dem Hitler-Hugenbergischen Volkenscheid gegen die Regierung Braun zuführten und bis zum 20. Juli 1932 gemeinsame Sache mit dem Faschismus gegen die „SPD-Bonzen“ machten, hatte man immer Verständnis, immer Entschuldigungen. Denn sie taten es letzten Endes, nicht wahr?, aus Empörung gegen die ewige SPD-Politik des kleineren Übels.

Es ist immerhin ein Trost, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit, Dollfuß gegen Hitler zu stützen, gerade von denen verkündet wird, denen die deutsche Sozialdemokratie nie radikal und revolutionär genug war. ...

Für den Belästigtent verantwortlich: Johann P. in D. weiter; für Inserate: Otto K. u. in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 4, Schützenstraße 5. — Schließjahr 775 Saarbrücken.